INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin Info

2,50 DM

Nr. 386

23.8.1996

GUTEN TAG !

In diesem Heft findet ihr zwei Schwerpunkte. Zum Verfahren gegen die Radi die Auswertung einiger Akten und die daraus abgeleiteten Konstrukte der Büttel, sowie ein Kritikpapier einer (frustrierten ?) Soligruppe aus Bremen.

Im zweiten Schwerpunkt geht`s um die Verhinderung weiterer Castor-Transporte, d.h. Mobilisierungen für Aktionen an der Transportstrecke, die Militanz-Debatte, Infos und Aktionen. Nach der erfolgreichen Behinderung des letzten Castor-Transports haben viele Lust auf mehr bekommen... Und die Chancen stehen ja auch nicht schlecht der Atom-Mafia einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen !

Sonst findet Ihr noch Beiträge zum Tag der Heimat, der Demo in Grevesmühlen, einen Tip für petito c. und ...

Da Ihr sehr viel geschickt habt passt leider nicht alles ins Heft was wir bekommen haben, einige Sachen mussten wir verschieben.

Ab September wird das besser, da erscheinen wir wieder wöchentlich. Bis dann!

DRINGENDER AUFRUF

Der Ermittlungsausschuß sucht ZeugInnen, die im Zusammenhang mit der **Gelöbnis-Demo bzw. Anti-Nato-Demo** Beobachtungen von Bullenaktion (Festnahmen, Übergriffe, ect.) gemacht haben.

Bitte meldet Euch beim:
Ermittlungsausschuß,

Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin

Tel.:6922222
Dienstags 20-22 Uhr



INHALT

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

betrifft:
Aktenauswertung im radikal-Verfahren

Seit April 1996 liegen 88 Akten im radikal-Verfahren vor. Sie stammen von der Staatsanwaltschaft in Koblenz, wohin das Verfahren von der Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe abgegeben wurde.

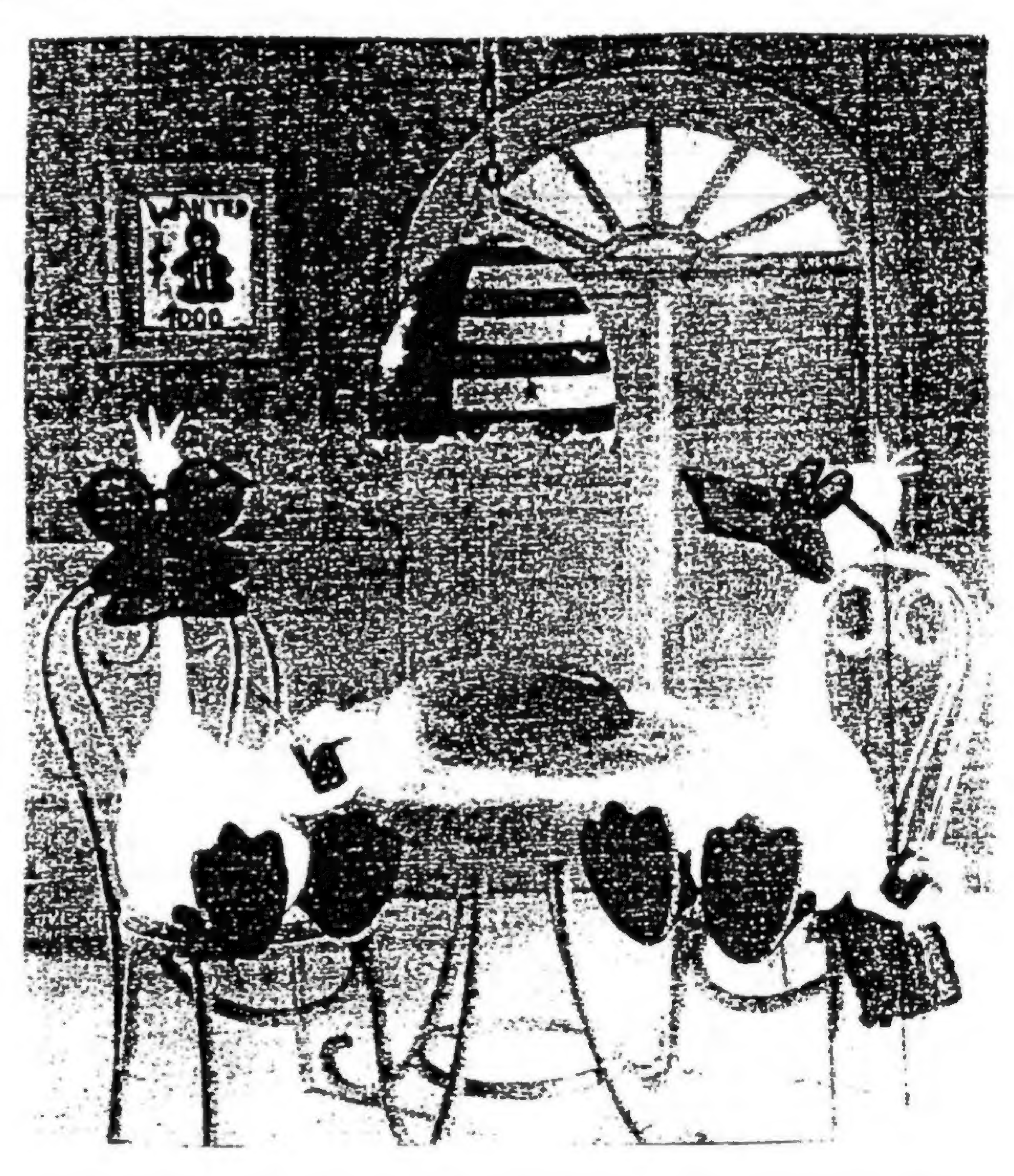
Diese Ermittlungsakten beziehen sich nur auf die vier Beschuldigten, die am 13.6.95 für ein halbes Jahr eingelocht wurden. Derzeit bastelt der zuständige Staatsanwalt an der Anklage, die nach Fertigstellung dem Oberlandesgericht Koblenz überstellt wird, wo schätzungsweise Ende dieses Jahres oder Anfang 1997 der Prozeß beginnen wird.

Die Akten der vier Untergetauchten, von denen sich drei am 13.6.96 stellten, befinden sich weiterhin bei der BAW in Karlsruhe. Angeblich soll dies Verfahren abgetrennt und einer anderen als der Koblenzer Staatsanwaltschaft überstellt werden. Anders als den vier ehemaligen Gefangenen wird ihnen vorgeworfen, sich aus ihren Schlupflöchern heraus auch an den letzten beiden Ausgaben der radikal Nr.153 + 154 beteiligt zu haben. Mit dieser Begründung sitzt einer der Vier in Köln-Ossendorf im Knast.

Inzwischen wurden die vorliegenden Akten grob ausgewertet und den Soligruppen in den verschiedenen Städten vermittelt. Im folgenden wollen wir auch öffentlich die Linke darüber informieren, u.a. um darauf vorzubereiten, was im anstehenden Prozeß Thema sein wird.

Uns ist zu blöd, vor jeden Satz immer die Worte "angeblich" oder "laut Aktenlage" voranzustellen. Aber wir betonen, daß jede Aussage so zu verstehen ist, daß sie sich auf die Akten, die Ermittlungen und Interpretationen der Bullen, der Bundesanwaltschaft und sonstiger Büttel bezieht, daß wir hier also allein deren Sicht wiedergeben, wie sie sich in den Akten darstellt. Eigene Bewertungen oder Vermutungen werden wir extra kennzeichnen.

Dies geschieht in erster Linie aus juristischen Gründen. Denn jede Bewertung unsererseits kann im Prozeß für Konstruktionen herhalten, und wir wollen ihnen ihr Geschäft nicht erleichtern. Wir gehen davon aus, daß auch die Form der distanzierten Information erwartet wird und Sinn macht.



In einem Haus in der Eifel

beginnt die Geschichte im September 1993. Dort trafen sich an einem Wochenende 7 Leute, um die radikal Nr.148 vorzubereiten. *(Wobei hier - als Beispiel und zur Erinnerung - gleich angemerkt sei, daß sich welche dort getroffen haben sollen, um angeblich eine radikal zu planen.)*

Das Haus war bereits monatelang verwanzt. Die Bullen hielten es für einen Treffpunkt der Kölner politischen Szene, und sie erhofften sich einen live-Mitschnitt von Gesprächen sogenannter SympathisantInnen der RAF mit vielleicht sogar der sogenannten Kommandoebene.

Laut rheinland-pfälzischem Polizeigesetz ist ein solcher Lauschangriff möglich, und während im Bundestag noch darüber gestritten wurde und die FDP über eine Mitgliederbefragung nachsann, bedurfte es in diesem Fall lediglich einer kleinen Amtsrichterin, um die Lauscherei abzusegnen, was später vom Bundesgerichtshof (BGH) bestätigt wurde. Bekanntlich ist die Gesetzeslage heute der Bullenpraxis angepasst, d.h. ein juristischer Streit über die Rechtmäßigkeit dieser Lauscherei hätte möglicherweise Auswirkung auf das radikal-Verfahren, aber sonst keine.

Als sich die Wanzen am 18. September automatisch einschalteten, begaben sich die Bullen zum Ort des Geschehens und nahmen auf 12 DAT-Cassetten die

Gespräche von eineinhalb Tagen auf. Abgetippt ergibt dies ca. 700 Seiten, die Menge Papier eines dicken Leitz-Ordners, wobei die Ankunft der Belauschten bzw. der Beginn der Gespräche fehlt.

Die Auswertung der Mitschnitte beim Bundeskriminalamt (BKA) ergab, daß es sich um ein "hochkonspiratives" (Hofmann, BAW) Treffen der oder einer radikal-Redaktion gehandelt hat *(zur nochmaligen Erinnerung: haben soll)*, dem sogenannten Fraß-Gremium. Es wurde codiert gesprochen, d.h. es fielen keine richtigen Namen, und auch Begriffe wie radikal (=Ente), Druckerei (=Herd), Laden (=Tank) oder Kolbenfresser (ungedeutete Codierung) wurden verschlüsselt verwendet. Um die codierten Begriffe ihrer mutmaßlich wahren Bedeutung zuzuordnen, bedurfte es einiger Tüftelei und weiterer Ermittlungen. Alsdann legte das BKA erstmals eine entsprechende Entcodierungsliste vor.

Als die Sieben das Haus verließen, wurden sie fotografiert. Die Akten beinhalten insbesondere Fotos von der Abfahrt mit zwei Autos.

Es folgte die Identifizierung:

Zwei wurden gleich im Anschluß an das Treffen bis nach Bremen verfolgt, einer beim Besteigen seines Mopeds in Köln beobachtet. Wegen eines weiteren, der durch seinen Berliner Akzent aufgefallen war, machten sich LKAler aus Nordrhein-Westfalen nach Berlin auf, wo sie die Fotos aus dem Haus mit der dortigen Polit-Kartei verglichen und fündig wurden. Über einen ähnlichen Fotoabgleich - geschossen auf einer Knastkundgebung - wurde auch einer der Schleswig-Holsteiner zugeordnet, und über diesen der zweite ausfindig gemacht.

Ermittlungen

Nachdem die Leute indentifiziert waren, hängten sich 21 Monate lang - bis zum 13.6.95 - Sonderkommissionen der diversen LKAs an ihre Fersen. Sie überwachten Telefone und Faxanschlüsse, die Post und überprüften Konten.

Und es wurde observiert. Sie installierten auf Hauseingänge gerichtete Kameras und verfolgten ihre Zielpersonen vermutlich auch anhand von in Autos installierten Peilsendern.

Das Ziel der Ermittlungen war, Kontakte der Sieben zu anderen mitzukriegen, und zwar nicht nur zu anderen mutmaßlichen radikal-MitarbeiterInnen, sondern auch zu sogenannten terroristischen Vereinigungen. Je mehr sich der zuständige Bundesanwalt Hofmann in die Sache einarbeitete, desto heißer wurde er bei der Aussicht, hier nicht allein eine Untergrundzeitung am Wickel zu haben, sondern über diese Querverbindungen zu anderen Gruppen, die da brandschatzen und bomben. Namentlich ging es um die RAF, zu deren sogenanntem legalen Umfeld einige der Sieben Kontakte pflegten, über den Berliner Beschuldigten um DAS KOMITEE und in Bremen um die AIZ.

Dies ergibt sich u.a. aus dem Vorgehen bei den Durchsuchungen. So wurde beispielsweise bei einer radikal-Durchsuchung in Berlin auch Isoband beschlagnahmt, das wohl zur Abdeckung von elektrischen Kontakten beim Bau von Sprengsätzen, aber kaum zur Herstellung einer Zeitung verwendet werden dürfte.

Aus diesem Ermittlungsstrang wurde bekanntlich nichts, was später auch der von großen Aussichten beflügelte Bundesanwalt Hofmann eingenstehen mußte, als er die Akten nach Koblenz abgab. Von der sogenannten Unterstützung teroristischer Vereinigungen (Par.129a Absatz 2) blieb lediglich der Vorwurf der Werbung (Par.129a Absatz 3) mittels Aktions-Erklärungen und anderer Artikel in der radikal übrig, sowie der Vorwurf, als radikal-Redaktion eine sogenannte kriminelle Vereinigung gebildet zu haben (Par.129).

Im ursprünglichen Ermittlungsstrang - Einbindung der Zielpersonen in der radikal-Struktur und weitere Beteiligte - blieb die Spur heiß, auch wenn die Ergebnisse der Schnüffelei hinter dem "Zufallstreffer" in dem Eifel-Haus zurück blieben.

So gingen sie von drei weiteren Fraß-Treffen in fast identischer Zusammensetzung bis September 94 aus, wonach sich dies Gremium - wie sich später herausstellte - auflöste. In einem Fall waren die Bullen vor Ort, fotografierten die Anwesenden und durchsuchten nachher den Treffpunkt, wobei sie im wesentlichen Fingerabdrücke von drei Identifizierten fanden. Hier gingen sie auch der Anmietung des Ferienhauses nach und stellten dabei fest, daß sie unter falschem Namen von einem der Sieben getätigt wurde.

In den beiden anderen Fällen gingen ihnen - so schlußfolgerten sie jedenfalls - die Sieben trotz der Observationen mehrerer LKAs durch die Lappen, das heißt sie spekulierten auf Fraß-Treffen, weil sich alle Zielpersonen zur selben Zeit nicht zu Hause befanden.

Darüberhinaus stellten sie ein weiteres radikal-Treffen fest, eine sogenannte Samba im Juli 1994, das zwecks Vorbereitung der radikal Nr.150 stattfand *(nicht vergessen: stattgefunden haben soll)*, und an dem neben schon drei bekannten Leuten auch ein vierter teilnahm, den sie später ebenfalls den FunktionsträgerInnen der radikal zurechneten. So wurden aus den sieben Haupt-Beschuldigten die heutigen acht.

In zwei Regionen wurden sie auch bei der Telefonüberwachung fündig. In einem Fall bekamen sie mit, daß ihre Observationen zumindest von einer Person bemerkt worden waren und darauf reagiert wurde. In anderen Fällen fielen in Telefongesprächen aus dem Eifel-Haus bekannte Codeworte, anhand denen die Ermittlungen auf weitere Beschuldigte ausgeweitet wurden.

Zum sogenannten Umfeldabgleich der Acht trugen auch die Observationen bei. Bis zum 13.6.95 umfaßte die Liste der Beschuldigten im radikal-Verfahren insgesamt weitere 17 Leute aus 6 Städten. Im wesentli-

chen handelt es sich dabei um Bekannte der acht Haupt-Beschuldigten, denen in dieser oder jener Form die Unterstützung der radikal-Struktur vorgeworfen wird.

In drei Fällen wurde eine Kontaktadresse (=Kabel) zur Verfügung gestellt *(wobei es auch hier heißen müßte, daß sie zur Verfügung gestellt worden sein soll)*, in einem Fall ein Bunker (=Nockenwellenkoffer) und in einem weiteren Fall wurden Leute dabei beobachtet, wie sie versandfertige radikals mit falschem Absender auf mehrere Briefkästen verteilten.

Von den Ermittlungsverfahren gegen diese 17 Leute wurden mittlerweile drei eingestellt.

Während ihrer Schnüffelei erhielten BKA und LKAs einige Bestätigungen für das in dem Eifel-Haus festgestellte "hochkonspirative" Verhalten, was sie in ihrem Taten- und Sammeldrang anspornte. Neben dem BKA beschäftigten sich auch die LKAs aus mehreren Bundesländern mit dem Fall. Ob es mit der Sache zu tun hatte oder nicht, hinter den kleinsten Beiläufigkeiten, beispielsweise bei Telefongesprächen, und jedem für sie unverständlichen oder zweideutig interpretierbaren Satz oder Verhalten witterten sie eine geheimnisvolle Nachrichtenübermittlung der verdeckt arbeitenden Struktur. So wurde die am Telefon geäußerte Frage "wie geht es dir?" als Nachfrage bezüglich einer aktuellen Observation bewertet. Und später - als ein Brief der Mutter eines der Gefangenen vom 13.6.95 angehalten wurde - sezierte ihn das BKA nach Strich und Faden und verfaßte eine seitenlange Expertise, weil sie darin u.a. von der Entenzucht eines Vetters berichtete.

Auf der Suche nach Kontakten und Bedeutungen aller möglichen Art schnitten sie diverse Begegnungen, Besuche und Beziehungen mit, die in ihrer Vielzahl höchstwahrscheinlich nicht in den Akten, aber gespeichert in Bullencomputern auftauchen werden. Die Durchleuchtung von Freundekreisen, politischen Strukturen und Szenen ist ein gewolltes Nebenergebnis solcher Schnüffeleien, unabhängig vom laufenden Verfahren oder erteiltem Ermittlungsauftrag.

Bei den Durchsuchungen vom 13.6.95

konzentrierten sich die Bullen insbesondere auf Computer und Disketten. Sie gingen davon aus, daß neben Treffen ein großer Teil der überregionalen Kommunikation über verschlüsselte Disketten lief. So beschlagnahmten sie landauf landab über 1000 Disketten.

In zwei Regionen wurden sie bei drei der Haupt-Beschuldigten und in Bunkern (=Koffer) fündig *(korrekt muß es heißen: wollen sie fündig geworden sein)*. Die Auswertung ergab, daß einige Disketten Vertriebslisten, interne Protokolle und Briefverkehr der radikal-Struktur enthielten, wobei es sich in einem Fall um Dateien aus einem Zeitraum von bis zu drei Jahren handelte.

Ein Großteil der Texte war mit dem Programm PC-SECURE verschlüsselt. Es dauerte nur wenige Wochen, bis das 'Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik' (Bonn) den Schlüssel knackte und diese Dateien lesbar machte. Die Ausdrucke umfassen mehrere hundert Seiten in drei Aktenordnern. Zwar wird sich auch in diesen Texten codiert ausgedrückt, aber mittels der bereits angesprochenen Codierungs-Liste wurden sie auch inhaltlich für das BKA verständlich.

Es gibt weiterhin Hinweise dafür, daß mit PGP verschlüsselte Dateien nicht geknackt wurden, zumindest taucht bislang keine einzige in den Akten auf.

Neben den Disketten wurden im Einzelfall auch ausgedruckte Papiere und Notizzettel gefunden, auf denen in codierter Zeitangabe geplante Treffen, die Anschriften von sogenannten "coolen" Kontaktadressen (=Kabel), Autokennzeichen und andere Notizen bezüglich der Observationen vermerkt waren. Gefunden wurde auch Versandmaterial und radikals in größeren Mengen. Bei einem der Haupt-Beschuldigten wurde im Knast ein Kassiber beschlagnahmt, der in einer codierten Zahlenkolonne den Satz "Eifel fand so statt" enthielt.

Ausgehend von diesen Funden fanden im Dezember 1995 Durchsuchungen in fünf Städten bei Kontaktadressen (=Kabel) statt, wo sie zum Teil erneut fündig wurden. In einer Stadt wurde u.a. ein Koffer mit Layout-Material ergattert.

Darüberhinaus fanden sich, laut Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen von 1995, Hinweise dafür, daß nach dem 13.6.95 neue Codes in der radikal-Struktur entwickelt wurden. Schließlich soll, laut BAW und BGH-Beschluß bei der Haftbegründung des eingeknasteten Kölners, sich dieser als "Quak" zusammen mit dem weiterhin abgetauchten Bremer auch an den letzten beiden radikal-Ausgaben beteiligt haben.

Letzteres wird auch den beiden Haupt-Beschuldigten vorgeworfen, die am 13.6.96 wieder auftauchten und sich stellten, wobei in diesen Fällen ein weniger dringender Tatverdacht vorliegen soll, weswegen sie unter Auflagen haftverschont wurden.

Inhaltlich umfassen die Funde - und dabei in erster Linie die Dateien - diverse Themengebiete:

Aus mehreren Protokollen wird ersichtlich, daß die Observationen bereits ein Jahr vor dem 13.6.95 auffielen und sich darauf eingestellt wurde. Die Texte beinhalten Einschätzungen zum Grund der Observationen, den Austausch von Autokennzeichen und Beobachtungen aus verschiedenen Städten, die Auswertung des Polizeifunks, bis hin zu strategischen Überlegungen, wie mit den Observationen umgegangen, die Struktur geschützt, trotz Beobachtung kommuniziert und weiter gearbeitet werden kann. Beispielsweise wurden Kontakte zwischen Aufgefallenen und Nicht-Betroffenen vermieden mit der Absicht, die radikal fortzuführen.

Die Disketten umfassen zum Großteil Berichte regionaler und überregionaler Strukturen, von Delegierten-

und Gruppentreffen, wobei sowohl Diskussionen wie auch Planungen und Funktionen innerhalb der radikal-Struktur dargestellt werden *(so die BAW-Interpretation, um den Blickwinkel nicht in Vergessenheit geraten zu lassen).* So gibt es Protokolle von Gruppen, in denen ihr spezieller Stand und Perspektiven zur Sprache kommen, wo bestimmte Aufgaben benannt und übernommen werden. Oder andere, in denen Positionen zu internen Konflikten formuliert und Grundsatzdebatten zur inhaltlichen Ausrichtung der radikal angeregt werden. Oder Briefe Einzelner zu bestimmten Projekten, oder Berichte von Treffen mit Leuten, die neu in die Struktur aufgenommen werden sollen.

Die Dateien vermitteln Einblick in die Arbeitsweise und den Organisationsgrad der Struktur. Wie auch schon in dem Eifel-Haus werden Code-Systeme, Kommunikationsmöglichkeiten und Sicherheitskriterien diskutiert. Gefunden wurden außerdem zwei Papiere, die sich mit den konspirativen Anforderungen, dem Ansprechen und der Zusammenarbeit mit Druckereien (Herde) befassen, dasselbe gilt in ähnlicher Form für die Auswahl der Kontaktadressen im Ausland (Lohnbüros).

Die Texte beinhalten auch die Diskussion, Planung und Aufgabenverteilung von radikal-Beiträgen. Die in den Protokollen anvisierten Themenschwerpunkte decken sich weitgehend mit dem späteren Inhaltsverzeichnis der jeweiligen radikal-Ausgaben.

Neben den offiziellen Protokollen befinden sich in den Akten auch Briefe und Diskussionspapiere mit subjektiven Einschätzungen, aus denen neben strukturellen auch persönliche Bezüge abgeleitet werden können.

Sie beinhalten weiterhin Vertriebslisten aus drei von mutmaßlich zehn Regionen, an die persönliche und formalisierte Anschreiben für AbonenntInnen der radikal angehängt sind. Vermutlich aufgrund dieser Listen fanden die Durchsuchungen vom 17.7.96 bei vier (laut Durchsuchungsbeschluß) angeblichen Verteilern und einem Abonnenten der radikal statt, worüber vor kurzem in der Interim informiert wurde.

Bei der Auswertung der Funde

geben wir - es kann nicht oft genug betont werden - weiterhin die Sicht der BAW und ihrer Schergen wieder:

Die Funde bestätigen das schon in dem Eifel-Haus gewonnene Bild bezüglich der radikal-Struktur, gehen allerdings in vielen Bereichen darüber hinaus. Es wurden neue Erkenntnisse zu Personen, der Logistik, der Arbeitsabläufe und Organisationstruktur gewonnen.

So ordnen sie Einzelnen konkrete Funktionen zu, wie z.B. den Kontakt zu einer Druckerei (=Herd) oder zu einer Auslandsadresse (=Lohnbüro) gehalten, oder den Vertrieb für eine Region organisiert zu haben. Ausgehend von den Disketteninhalten werden Einzelne auch für bestimmte Artikel und Beiträge in der radikal verantwortlich gemacht. Beispielsweise zeichnen in einem Protokoll zwei der Haupt-Beschuldigten verantwortlich für die redaktionelle Bearbeitung von Aktions-Erklärungen, was nach Par.129a als Werbung für terroristische Vereinigungen verfolgt wird.

(Hier ist anzumerken, daß für diesen Vorwurf ein konkreter sogenannter Tatnachweis notwendig ist. Betreffend der radikal Nr.148, die in der Eifel-Hütte geplant worden sein soll, spielen solche über die Lauscherei gewonnenen Tatnachweise keine Rolle mehr, weil diese Ausgabe im November presserechtlich verjähren wird, da bis dann kein Urteil zu erwarten ist. Für die bei den Funden interpretierten Tatnachweise gilt dies nicht, insofern sie wie im obigen Beispiel spätere Ausgaben betreffen, die entsprechend ihrem Erscheinen auch später verjähren.

Beim wesentlichen Vorwurf im radikal-Verfahren - Bildung einer kriminellen Vereinigung (Par.129) - spielen Tatnachweise eine untergeordnete Rolle. Das Wesen dieses Konstruktes besteht gerade darin, Leute wegen ihrer Organisierung und anhand ihrer Einstellung oder Gesinnung zu verfolgen, wobei die Zugehörigkeit zu einer Bande oder Organisation ausreicht.)

Es wurden auch weitere Personen bekannt, denen bestimmte Funktionen zugeordnet werden. Beispielsweise wurde der Haftbefehl für den achten Haupt-Beschuldigten erst nach dem 13.6.95 aufgrund der Funde ausgestellt, da sie einen noch vagen Observationsverdacht erhärteten.

Auf den Disketten befinden sich auch Texte von und über noch nicht identifizierte Personen, aus denen neue Ermittlungsansätze folgen können (oder schon gefolgt sind, ohne daß es bekannt wurde).

Die gefundenen Dateien wurden in der Mehrzahl von zwei der Haupt-Beschuldigten und von bisher Nicht-Identifizierten verfaßt, während andere kaum oder gar nicht als AutorIn in Erscheinung treten. Zusammen mit der Eifel-Auswertung verfaßten die Büttel Persönlichkeitsbilder (Psychogramme) und stellten eine unterschiedliche Einbindung, Geschichte + Bedeutung der Einzelnen in der Struktur fest (Mitarbeit seit 1983 bzw. erst seit 1991, maßgeblich Beteiligte bzw. Mitwirkende, mehr/weniger Erfahrung, mehr/weniger Aufgaben, etc.).

Die Erkenntnisse zu Produktionsablauf und Vertriebsstruktur übertreffen jene aus dem Eifel-Haus, ebenso was die Zuordnung Einzelner zu aktiven Gruppen und Regionen innerhalb der radikal anbelangt.

Das BKA legte schon nach der Eifel-Lauscherei eine detaillierte Darstellung der Struktur vor. Nach den Funden vom 13.6. wurde sie erweitert und schließt mit einer Grafik, in der die regionalen radikal-Gruppen und deren Verbindung untereinander dargestellt werden, mit einem Schaubild betreffend der Arbeitsabläufe und Funktionen, und der bereits erwähnten Codeliste, die alphabetisch geordnet 145 Begriffe und Namen auf 10 Seiten umfaßt.

vorläufiger Ausklang

Unter uns ist Konsens, daß eine weitergehende Bewertung Sache der Betroffenen bzw. der radikal-Struktur ist. Abgesehen von der oben dargestellten Problematik geht es in diesem Verfahren ja nicht nur darum, ob Einzelnen eine konkrete Beteiligung an der Erstellung der radikal nachgewiesen werden kann, sondern auch darum, daß eine angebliche Redaktion zur kriminellen Vereinigung erklärt werden soll.

Letzteres hätte Folgen über den Fall radikal hinaus, da mit einem solchen Präzedenzurteil in der Tasche alle linken Kommunikationsstrukturen - Zeitungen wie Verlage, Druckereien freie Radios und Infoläden - kriminalisiert werden könnten, ohne den Beschuldigten konkret nachweisen zu müssen, daß sie dies oder jenes getan haben.

Keinen Konsens konnten wir bei der Frage erzielen, was wir zum Ausklang dieses Papiers mit auf den Weg geben wollen. Deshalb stellen wir die beiden Positionen einer Streitdiskussion hintereinander dar und hoffen, daß sie als Ergänzung verstanden werden:

1:

Politische Solidarität kann in der heutigen gesellschaftlichen Situation nicht wesentlich über die Bewertung oder gar Identifikation mit einem Projekt oder einzelnen Personen wirksam werden, sondern über die Umsetzung der Erkenntnis, daß ein erfolgreicher Schlag gegen einzelne Projekte der radikalen Linken immer auch die Entwicklungs- und Kampfbedingungen aller linken Politikansätze verschlechtert, den politischen Raum für die gesamte Linke einengt, und daß ein solcher Schlag nur gemeinsam abgewehrt werden kann.

Die Informationen zum Aktenstand sollen der Solibewegung für eine Einschätzung dienen, in welche Richtung die staatlichen Ermittlungen gehen, und dafür, sich ein Bild zu machen, was konkret Gegenstand im radikal-Verfahren und einem eventuellen Prozeß sein kann.

Die Aktenlage im radikal-Verfahren ändert nicht die Zielsetzung der Soli-Arbeit. Nach wie vor geht es darum, den mit dem § 129 strategisch weit gezielten Angriff auf die radikale Linke mit gesammelten Kräften abzuwehren, d.h. konkret, eine Definition und Verurteilung der radikal als kriminelle Vereinigung zu verhindern - den Präzedenzfall also, der zu einer Kriminalisierungsschiene gegen jeglichen linken Organisationsansatz führen könnte. Und es geht darum, den Schaden für die Beschuldigten, die stellvertretend für ein Projekt und einen Organisierungsansatz der radikalen Linken angegriffen werden, abzuwehren.

Die radikal steht für einen Teil linksradikaler Geschichte in der BRD, für die Diskussion und Verbreitung von revolutionärer Politik, militanter Praxis und Organisierungsformen jenseits staatlicher Kontrolle. Den politischen Raum einer unzensierten Widerstandspresse gilt es für die Linke zu erhalten.

2:

Sollte die BKA-Auswertung im wesentlichen zutreffen, geht ihre Bedeutung über den Fall radikal hinaus, da hier gewichtige Aspekte der jahrelangen Entwicklung einer verdeckt arbeitenden Organisation bekannt wurden, deren nicht-hierarchische und an den föderativen Prinzipien der Autonomie orientierte Arbeitsweise Erkenntnisse liefert, die sie auch in Zukunft auf andere ähnlich gelagerte Ansätze übertragen werden können.

Sollten die Funde im wesentlichen authentisch sein, erleidet das Image der radikal einen Bruch, worüber gesondert zu diskutieren wäre. Es tun sich Widersprüche auf zwischen dem, was jahrelang veröffentlicht und auch praktiziert wurde und (sollte es sich um solche handeln) Fehlern, die (sollte es sich so abgespielt haben) im Wissen von Observationen nicht nur das teilweise Aufdecken einer Struktur ermöglichten, sondern auch andere mit reinzogen und belasteten.

Sollte sich all dies so oder ähnlich abgespielt haben, ist es trotzdem nicht angebracht, mit dem Finger auf die Betroffenen zu zeigen und sich in der einen oder anderen Form zu distanzieren. Es bleibt die Frage, ob einem oder einer selbst sowas unter keinerlei Umständen passieren kann.

Außerdem - vor allem - erscheint die radikal weiter; als bestes Beispiel dafür, daß trotz eventueller Fehler und trotz eines der größten und längsten Observationseinsätze in der BRD-Geschichte auch Erfolge zu verbuchen sind. Wir erinnern daran, daß die radikal mit ihrem heute 12-jährigen verdeckten Organisationsansatz bereits mehrere solcher Schläge überstanden hat, erfolgreich in dem Sinne, daß in langwierigen Prozessen daraus gelernt und sich jeweils neu auf die veränderten Bedingungen eingestellt wurde, ohne die inhaltliche Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Sollte sich also alles so abgespielt haben wie hier geschildert, finden wir es angesagt, zwischen möglicherweise notwendiger Kritik und Aufarbeitung auf der einen Seite, und ihrem Zusammenhang, der konspirativ organisierten Zeitung, zu unterscheiden. Niemand begibt sich aus Vergnügen ganz oder teilweise in die Illegalität, und eventuelle Fehler dürfen nicht dafür herhalten, die Notwendigkeit verdeckter Strukturen in Frage zu stellen.

Wir sehen die Aufklärungspflicht gegenüber der Linken und hätten es wünschenswert gefunden, wenn ihr zumindest ansatzweise früher nachgekommen worden wäre. Aber sie hatte und hat Grenzen dort, wo BKA, BAW, BGH und Konsorten bei ihrem dreckigen Geschäft zugearbeitet wird, beispielsweise durch eine grundlegende Aufarbeitung, die nur die Linke angeht und sonst niemand. Eine solche Aufarbeitung wird deshalb kaum vor Prozeßende stattfinden können.

Abschließend

weisen wir mit Penetranz nochmal darauf hin, daß wir hier den Aktenstand und die sich daraus ergebende Bewertung von Bullen und BAW wiedergegeben haben. Die Informationen umfassen auch nur einen Teil der Akten, und hier wiederum nur jene von vier der Haupt-Beschuldigten, da die Akteneinsicht der anderen vier fehlt.
Wir erinnern auch daran, daß dem weiterhin abgetauchten Matthes aus Bremen nicht nur die Mitwirkung an der radikal, sondern auch an den AIZ vorgeworfen wird. Wir wünschen dir an dieser Stelle alle erdenkliche Kraft und den Mut, dir auch in Zukunft so treu zu bleiben wie bisher. Und Glosch in Köln-Ossendorf, daß du dem Knastsystem widerstehst und dein Lachen nicht verlierst.

Auswertungsstelle im radikal-Verfahren, August 1996

---

bundesweites Solikonto für die Verfahren vom 13.6.95:
Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Konto 719 007 56

Bezugsadresse der radikal:
äußerer Umschlag: Ravage, Van Ostadestraat 233,, NL-1073 TN Amsterdam; innerer Umschlag: Z.K.
radikal online: http://www.xs4all.nl/~tank/radikal

DER NEUESTE STAND IM RADIKAL-VERFAHREN

Am 22. Juli fand in Karlsruhe auf Antrag der Verteidigung ein Haftprüfungstermin von Glosch aus Köln statt. Er sitzt ja seit dem 13. Juni in Karlsruhe in Untersuchungs-Haft, während Ulli und Jutta am 14. Juni unter strengen Auflagen freigelassen wurden. Die Bundesanwaltschaft wirft Glosch vor, während des Jahres, in dem er abgetaucht war, weiter bei der *radikal* mitgearbeitet zu haben. Dies vermuten sie allerdings bei Ulli und Jutta auch. Bei Glosch behaupten sie aber, über Materialien zu verfügen, daß Glosch und eine weitere Person (vermutlich ist damit Matthes aus Bremen gemeint, der weiterhin abgetaucht ist) unter dem Pseudonym „Quak" an den letzten Ausgaben mitgearbeitet zu haben. Diese „Materialien" hat aber bisher noch nicht mal der Verteidiger von Glosch zu sehen gekriegt - die BAW rückt sie nicht raus. Sie behauptet, daß es sich dabei um Funde aus den Hausdurchsuchungen vom 13. Juni 1995 sowie der Folgezeit handelt. Der Ermittlungsrichter meinte, Glosch müsse nur ein paar Aussagen machen, dann könne er nach Hause gehen. Das Soliplenum Köln schreibt dazu: „Offensichtlich ist die Indizienlage gegen Frank (*also Glosch, d. T.*) derartig gering, daß nur noch die Haft in der Lage scheint, das Ergebnis zu verbessern. Es bleibt festzuhalten, daß der Verteidigung die notwendigsten Unterlagen vorenthalten werden, während gleichzeitig der Beschuldigte weiterhin in Haft bleibt."
Im Moment sitzt Glosch noch in Karlsruhe, wird aber voraussichtlich bald nach Köln verlegt werden.

Er hat verschärfte Haftbedingungen: Unterbringung in einem besonders gesicherten Haftraum, strenge Trennung von anderen Gefangenen und der Außenwelt, keine Teilnahme an Gemein schaftsveranstaltungen, Trennscheibenbesuch auch vom Anwalt, Postzensur usw. Besonders heftig: Da er immer Einzelhofgang hat, dieser aber besondere personelle und sicherheitsmäßige Anforderungen stellt, die am Wochenende im Knast Karlsruhe angeblich nicht zu erfüllen sind, hat er Samstag und Sonntag überhaupt keinen Hofgang, sondern sitzt das ganze Wochenende über auf seiner Zelle.

Schreibt ihm!!!:
Frank Großkinsky,
z. Zt. in der JVA Ossendorf,

Rochusstrasse 350, 50827 Köln über Ermittlungsrichter am BGH Wolst, Herrenstr. 45 a, 76125 Karlsruhe.

Daß die BAW nachwievor ein großes Interesse an der Zerschlagung der (Struktur der) *radikal* hat, wird auch an erneuten Hausdurchsuchungen in diesem Zusammenhang deutlich. Am 17. Juli wurden sechs Privatwohnungen in Hamburg, Flensburg, Buxtehude, Ludwigshafen und Speyer durch Bullen-Sonderkommandos morgens um 6 Uhr gestürmt. Sie waren auf der Suche nach Abonenntenlisten der *radi*, Abrechnungsbelegen und Disketten. Den betroffenen Leuten wird vorgeworfen, die *radi* bezogen und weiterverbreitet und sich dadurch der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" schuldig gemacht zu haben. Der Verdacht gegen diese Leute beruht anscheinend auf Abonenntenlisten der *radikal*, die bei den Durchsuchungen am 13. Juni letzten Jahres gefunden worden sein sollen.

In Flensburg brachen 15 Beamte eines Sondereinsatzkommandos mit Hilfe eines Rammbocks die Eingangstür auf. Sie waren vermummt, behelmt, mit kugelsicheren Westen, Tonfas und Schußwaffen ausgestattet. Den Bewohner des Hauses, auf den sie es abgesehen hatten, warfen sie zu Boden, würgten und bedrohten ihn. Die folgende Durchsuchung verlief erfolglos, es wurde nichts mitgenommen. Trotzdem wurde der Beschuldigte mitgenommen, verhört und ED-behandelt.

Zu den Durchsuchungen in den anderen Städten wissen wir bis jetzt noch nichts Näheres.

Unsere Forderungen bleiben weiterhin aktuell:

Sofortige Freilassung von Glosch!
Aufhebung aller Haftbefehle
Sofortige Einstellung aller Verfahren vom 13.6.95!

Und wir hoffen, daß Matthes einen schönen Sommer verbringt und schicken ihm ganz viele Grüße!!!!!

radikal !!! radikal ??? radikal !!! radikal ??? radikal !!!

ENTENVIEH MACHT AUCH MIST

Das K.O.M.I.T.E.E. hat sich in der radikal 153 zu Wort gemeldet, Sie haben sich selbstkritisch geäußert, Fehler benannt und sich zu ihrer Verantwortung bekannt. Aus dem "radikal-Komplex" (Beschuldigte, Betroffene, die radikal selbst) war leider noch nichts in dieser Richtung zu vernehmen. Gerade durch die verschärften und repressiven Umstände wurden aber Mängel, Fehler und Schwächen nicht nur offenbar, sondern hatten auch direkte Konsequenzen.
Ein verantwortungsvoller Umgang damit ist dringend notwendig -bisher aber findet er nicht statt. Wir finden es wichtig, zu reflektieren, wieso die Repression so reinhauen konnte, warum sich relativ wenig dazu regt, welche Fehler gemacht wurden, warum, und welche Konsequenzen zu ziehen sind.
Manchmal fragen wir uns, ob die ganze Geschichte überhaupt als das Desaster wahrgenommen wird, das sie ist.
Inzwischen ist öffentlich bekannt, daß alles mögliche bei den Durchsuchungen vom 13.6.95 gefunden wurde. Zum Beispiel Hinweise darauf, daß die Observationen der Bullen relativ frühzeitig bemerkt wurden. Das wurde u.a. von einem Betroffenen auf einer öffentlichen Veranstaltung verkündet. Wenn mensch darüber nachdenkt, drängen sich Fragen auf:
Warum wurde sich nicht zu den Observationen verhalten?
Warum wurxden sie nicht öffentlich gemacht, plattgemacht oder,ex wie auch immer,angegangen?
Und warum haben die Bullen bei den Durchsuchungen haufenweise verschlüsselte Disketten, den Hinweis darauf, daß die Observationen bekannt waren und wer weiß, was noch alles, gefunden -wenn doch bekannt war, daß solche Observationen laufen? Ein gewisses Staunen darüber, daß z.B. die Kenntnis über die Observationen überhaupt schriftlich festgehalten wurde, wollen wir nicht verhehlen.
Wurde doch mehr vom Mythos als von eigener Substanz gelebt?
Um es zu betonen: es geht uns **nicht** darum, irgendwelche Leute persönlich für die Funde "haftbar" zu machen. Wir gehen davon aus, daß es sich hier um **kollektive** Strukturen handelt, die auch **kollektiv** verantwortlich sind. Da ihnen bekannt war, daß sie observiert werden,

gehen wir auch davon aus, daß niemand "auf kaltem Fuß erwischt" wurde, sondern daß sich über Verhalten und Vorgehensweise auseinandergesetzt werden konnte. Darum vermissen wir schmerzlich irgendeine Art von Einschätzung oder Stellungnahme. Immerhin führten die Funde zu einem weiteren Haftbefehl und Folge-Durchsuchungen.
Oder wird so etwas nur als "Betriebsunfall" angesehen, der halt mal passieren kann und zu dem man sich nicht weiter äußern muß?

Auch, wenn es sicher kein leichtes Unterfangen ist, sich in einer Situation zu äußern, in der noch Prozesse anstehen, denken wir, daß es in einem gewissen Rahmen dennoch möglich ist.

Auch die radikal selbst könnte sich durchaus einigen Fragen stellen, die durch die Repression aufgeworfen wurden.
Umso enttäuschter waren wir, als wir das Interview von der radikal mit der AntiFa(M) über Repression in der radikal 154 gelesen haben. Da ist -von seiten des radikal-Interviewers- die Rede von "unkontrollierbaren Strukturen", die vielleicht irgendwann einmal "Sprengkraft" entwickeln können, von "Gefährlichkeit" usw. Daß real existierende Strukturen, die mit dem radikal-Vorwurf verfolgt werden, offenbar recht leicht aufzurollen waren, und das, obwohl sie sich über das aktuelle Ausmaß ihrer Gefährdung im Klaren gewesen sein müssen, wird nicht einmal erwähnt.
Wieso kommt nicht die geringste Nachdenklichkeit rüber? Kein noch so kleiner Zweifel auch am eigenen Tun bzw. Unterlassen? Keine Einschätzung, die sich auf die Realität bezieht? Kein Sinn für Verantwortung?
Wir haben uns solidarisch verhalten. Wir haben erwartet, nach einer angemessenen Zeit, auf irgendeine Weise, zu hören, was jetzt Sache ist, welche Fehler gemacht wurden und Überlegungen, welche Konsequenzen zu ziehen seien. Allmählich fühlen wir uns ein bißchen verarscht. Wenn das, was sich uns da präsentiert, ein Mythos sein soll, können wir nur müde lächeln. Nur leider hat das (fehlende) Verhalten auch Konsequenzen (für Einige sehr direkte und unangenehme). Aufgrund von Funden wurde Monate nach dem 13.6. eine Wohnung in Oldenburg und Wohnungen in Münster und Bremen durchsucht und im Anschluß daran gab es noch zwei Durchsuchungen (in Bremen und Kiel). So reißt man Leute rein, so organisiert man ganz gewiß keine konspirativen Strukturen

und unkontrollierbar sind sie anscheinend hauptsächlich für uns. Wurde denn so dermaßen viel gefunden, daß die Betroffenen selbst keinen Überblick mehr hatten? Wieso war es nicht möglich, sich innerhalb einiger Monate zu diesen Funden in angemessener Weise zu verhalten? Klar, niemand ist perfekt, aber anstatt sich zu gemachten Fehlern wenigstens irgendwie zu äußern, sich Gedanken über die Gründe zu machen, sich um Schadensbegrenzung zu bemühen, dazuzulernen, wird anscheinend von der betroffenen Struktur auf Aussitzen, Verschweigen und Nichtverhalten gesetzt. Das halten wir für fatal. So werden Leute in die Scheiße geritten, so werden Leute verarscht, benutzt und gefährdet.
Während Selbstkritik nicht stattfindet wird teilweise weiter so getan, als wäre alles cool, als würden die Fehler immer die andern machen, als wäre politische Verantwortung ein Fremdwort, das man gern benutzt, aber eigentlich gar nicht versteht, als ginge es jetzt darum, sich selbst "sauber" aus der Affäre zu ziehen. Als wär das Leben: eben radikal. Das stimmt nicht (mehr).
Vielleicht ist es an der Zeit, sich des Mythos zu entledigen - bevor es andersherum läuft. Niemand soll damit kokettieren können. Es sollte Einigen allmählich so peinlich werden, wie es ist. Das sagen wir nicht aus Gemeinheit, sondern weil es anders nicht weitergeht. Das völlige Nichtverhalten von berufener Seite schlägt seine Wellen bis in die Soli-"Bewegung" hinein.
Durch "Straßenklatsch" sind viele ganz gut informiert. Zum Beispiel über Funde. Aber da es auch nicht den Hauch einer Erklärung oder Stellungnahme gibt - bleibt nur das Klatschen, Tratschen, Spekulieren (oder wider besseres Wissen: blindes Vertrauen), der Info-Markt blüht, es kommt zu Abgrenzungen, ohne daß wirklich nachvollziehbar wäre, warum. Eingeweihte bekommen ausgewählte Informationen, Fraktione bilden sich und belauern sich mißtrauisch. Banalste Mißverständnisse führen zu wüstesten Verdächtigungen.
Wie zuletzt bei der Pressekonferenz der Aufgetauchten in Bremen, wo eine Gruppe zu dem Schluß kam, daß die "eigene" Presse durch falsche Zeitangaben ausgebootet werden sollte. Später klärte sich auf, daß sie den termin selbst verbaselt hatten. Aber warum sofort Verdächtigungen, Mißtrauen, Unterstellungen? Warum sollte irgendjemand ein Interesse daran haben, "eigene" Presse auszuschließen?
Was gärt da eigentlich im "Untergrund"?

Infos schwirren durch den nicht-öffentlichen Raum. Damit bleiben sie unbenennbar, unhinterfragbar, ein politischer Umgang mit ihnen ist nicht möglich. Dazu kommt, daß Informationen ausgesucht sind, abhängig von der jeweiligen Fraktion und Sichtweise. Das öffnet der Manipulation Tür und Tor. Sicherlich kann man nicht alles öffentlich bereden, aber wohl doch Einiges mehr, als es bisher der Fall ist.
Vor allen Dingen darf der interne "Informations-Markt" nicht als Ersatz für fehlende politische Auseinandersetzung fungieren.
Das Eine schließt das Andere aus. Entweder benutzen wir Informationen, um die eigene Wichtigkeit zu steigern, unsere Sicht der Dinge zu verbreiten, Unangenehmes auch verschweigen zu können, Abgrenzungen zu initiieren und uns selbst ins rechte Licht zu rücken oder wir stellen sie weitestmöglich zur Verfügung, um Diskussion und Auseinandersetzung zu ermöglichen.
Und interessiert nicht, wer sich am konspirativsten gebärdet, am coolsten ist oder behauptet, die radikalste Linie zu vertreten.
Wir gieren nach etwas Verstand, Realitätssinn, Fähigkeit zur Selbstkritik, Witz, Verantwortungsgefühl und Bereitschaft zur Auseinandersetzung!

Wir haben uns, teilweise mehr, teilweise weniger, den Arsch aufgerissen, wir haben uns solidarisch verhalten. Einen entsprechenden Umgang erwarten wir auch für uns.
Aus den öffentlich gewordenen Informationen setzt sich das Bild zusammen, daß die betroffene Struktur die Repression ideenlos und passiv über sich ergehen ließ und nicht imstande war, z.B. auf die Observationen zu reagieren, ein bißchen flexibel und phantasievoll vorzugehen und die Bullen ins Leere laufen zu lassen. Anscheinedd haben sie eher wie das Kaninchen auf die Schlange gestarrt. Und tun es noch. Aber warum?

Viele Menschen haben sich solidarisch verhalten, haben Veranstaltungen und Demos organisiert, Knastkundgebungen abgehalten und Geld gesammelt. Nicht zu vergessen die vielen Namenlosen, die den Untergetauchten auf verschiedene Weise geholfen haben. Denselben solidarischen Umgang erwarten wir auch von den betroffenen Strukturen. Wir wollen uns nicht unnötig gefährden, wenn wir uns solidarisch verhalten - nicht durch

Getratsche und Fehler, die entweder gar nicht begriffen, oder aus was für Gründen auch immer nicht abgestellt werden. Wir sind sozusagen in der Zwickmühle. Wir wollen solidarisch sein und versuchen, das Beste aus der beschissenen Lage zu machen. Angesichts des fehlenden verantwortlichen Umgangs mit Fehlern und ihren Konsequenzen -daß Leute ohne Not in die Repressionsmaschinerie geraten sind - vertrauen wir immer weniger auf die Fähigkeit besagter Struktur, verantwortlich zu handeln.

Zudem hat die Repression einen Punkt wieder auf die Tagesordnung gesetzt, den viele von uns schon länger eher unter "ferner liefen" nur noch zur Kenntnis genommen haben: Die radikal.
Vielleicht hätten wir schon, als es zunehmend langweilig wurde, sie zu lesen, die Diskussion um ihren Sinn und Zweck anfangen sollen. Jetzt werden wir von ungebetener Seite mit diesen Fragen konfrontiert. Denn warum eigentlich regt sich außerhalb einer engeren Szene so wenig zur radikal-Repression? Und warum tut sich die Szene selbst mit Öffentlichkeitsarbeit so schwer? Wir glauben, daß die Gründe nicht im Versagen einzelner Leute liegen, oder, wie es manchmal gern gesehen wird: Die Soli-Bewegung tut nicht genug/ die Öffentlichkeit ist gar nicht interessiert/ die Betroffenen äußern sich nicht usw. usf. Wir denken, daß der momentane Zustand ausdrückt, was reell da ist - oder auch nicht.

Die Zeiten haben sich geändert und die radikal auch. Die radikal war in den letzten Jahren kein Sprachrohr der Szene, kein Feld kontroverser und fruchtbarer Auseinandersetzung, kein Blatt, das sich sonderlich für die Diskussion feministischer Positionen interessiert hat, keine Provokation , nur beschränkt ein Medium unterdrückter Nachrichten, keine Orientierung in der theoretischen Diskussion. Damit hat sie allerdings auch den Zustand einer autonomen Linken gespiegelt, von der wenig Provokation ausgeht, in der kontroverse Auseinandersetzungen ähnlich selten geworden sind, wie eine politische Praxis, die jene erst ermöglicht. Die Szene selbst ist geschrumpft und hat sich aufgefächert. Zu speziellen Themen, wie AntiFa, Flüchtlinge, AKW, Gentechnik etc. gibt es jeweils eigene Zeitungen, die Information, Theorie und Diskussion liefern.

Die wenigen Gruppen, die in diesen Bereichen existieren, sind mit Arbeit eingedeckt. Die verschiedenen Bereiche beziehen sich wenig aufeinander, was unterschiedliche Gründe hat.
Bei Einigen sind es Differenzen zu einer autonomen Politikauffassung, die sie als Mackermilitanz, inhaltsleer und ohne jede sozialen Bezüge ansehen. Bei anderen wird kein Zusammenhang zwischen dem eigenen regionalen Kampf/Thema/Teilbereich zu anderen gesucht oder gesehen. Umgekehrt wurde aber auch die Auseinandersetzung mit bzw. Infragestellung von solchen Auffassungen nicht gesucht oder gefordert. Auch von der radikal -mit doch eher übergreifendem Anspruch- ging kein ernsthafter Versuch in dieser Richtung aus.

Daß sich in der Frage der Öffentlichkeitsarbeit so schwer getan wird, offenbart einen weiteren Mangel. Die radikal ist eine Zeitung einer kleinen Szene geworden, die sich teilweise viel zu sehr eingeigelt hat und um sich selbst dreht. Die gerade herrschende Ratlosigkeit ist nachvollziehbar:
wenn ganz einfach keine politische Gruppe oder kein Projekt existiert, daß sich äußern kann; wenn es keine Kontakte und Auseinandersetzungen mit anderen Menschen und Gruppen gibt, in die die Forderung nach einem Verhalten zur radikal-Repression einfließen kann; wenn sich politische Initiative im Gang zur Vokü erschöpft; und: wenn die radikal außerhalb der Szene so gut wie unbekannt und bedeutungslos ist, weil es keine Initiativen von ihr gab, in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen präsent zu sein und offensiv in ihnen vorzugehen, z.B. Sonderausgabe zum PKK-Verbot mit dem Versuch massenhafter Verteilung/ Ausgabe mit praktischen Tips bezüglich Schienensabotage und Werbeaktion im Wendland/Schwerpunktthema Gentechnik mit Darstellung des Diskussionsstandes,Karte mit Feldern von Freilandversuchen etc. und Vertreibung der Ausgabe bei Gruppen, die zu dem Thema arbeiten, an Unis, Gesundheitsläden etc. pp. .
Der Verzicht auf solche Vorstöße und Einmischungen stellt einen Rückzug auf die "eigene" Szene dar.

Aber es ist scheißegal, wie cool, wie militant, wie "gefährlich", wie radikal wir im luftleeren Raum sind. Wichtig ist doch, ob wir Strukturen aufbauen können, die nicht "potentiell gefährlich", sondern real in der Lage sind (nicht, die Bullen zu erschrecken, sondern) z.B. Flüchtlinge zu verstecken, Abschiebungen zu verhindern, den Gentechnikern ins Handwerk zu pfuschen, Fascho-Aktivitäten zu

zerschlagen, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für geflohene Frauen durchzusetzen, den Castor auf weitere zig Millionen hochzupuschen, das PKK-Verbot zu Fall zu bringen, die Diskussion um das Lebensrecht Behinderter praktisch zu unterbinden und Verschiedenes mehr. Das ist weniger eine Frage von Verbalradikalität und bloßer Gewalt, sondern eine der inhaltlichen Arbeit, der sozialen Verankerung, der radikalen Position, der politisch verantwortlichen Militanz.

Als Orientierungspunkte einer möglichen Öffentlichkeitsarbeit fallen, wenn überhaupt, und auch eher zögerlich: Pressefreiheit und Notwendigkeit von Widerstandspresse. Daß es schwer fällt, an diesen Punkten eine Öffentlichkeitsarbeit hochzuziehen, liegt wohl auch daran, daß sie ziemlich vage und hohl im Raum stehen. Die radikal als Verfechterin der Pressefreiheit? Widerstandspresse? Offensichtlich ist den wenigsten klar, was damit gemeint sein könnte. Welcher Widerstand? Wieso hat die radikal darin eine Funktion? Welche? Warum wird sich dann so wenig auf sie bezogen? Fragen, die sich aufdrängen, die immer wieder zu stellen sind, die aber anscheinend keiner zu stellen wagt. Die radikal ist eben die radikal. Ein Mythos muß sich nicht erklären. Das ist der Fehler von uns allen. Solange ein Mythos gewitzt und schlau genug ist, um zu überleben, machen wir uns keine Gedanken darüber, welche Funktion, welchen Sinn er noch hat, welches Risiko eigentlich wofür eingegangen wird. Erst, wenn er angegriffen wird und sich plötzlich die Frage stellt: wie verhält mensch sich dazu? - guckt man wieder genauer hin.Wir glauben, daß genau das jetzt wieder nötig ist. Die große Ratlosigkeit und das große Schweigen sind deutliche Indizien dafür. Denn die Frage war ja nie, ob wir in der Lage sind, Papier zu bedrucken, sondern die Frage ist immer wieder: Womit? und Wofür?

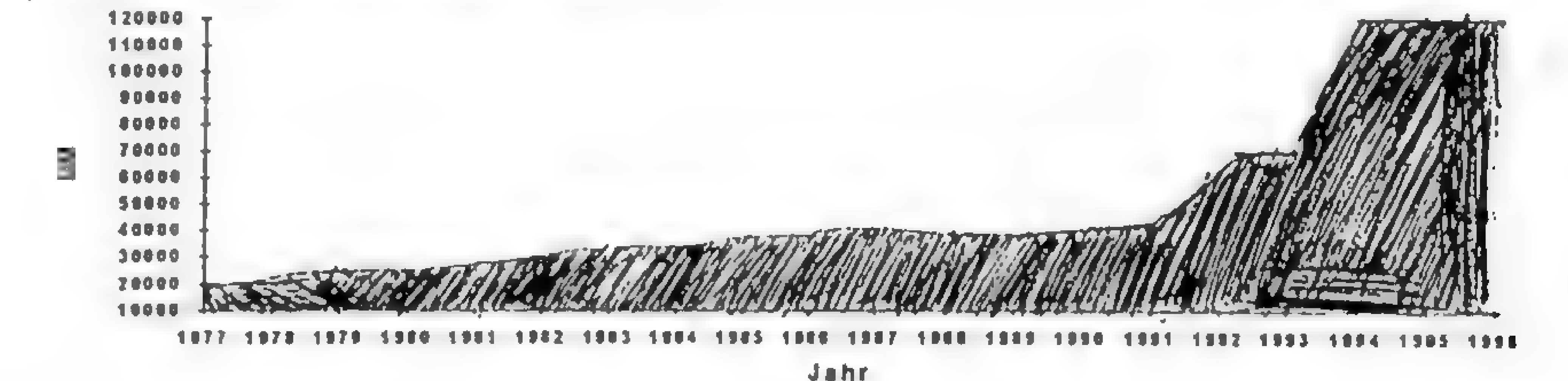
Also: Die Zähne zeigt, wer`s Maul aufmacht.

In diesem Sinne,
Quo vadis, Bremen, August 1996
(Wohin gehst du?)

SSB KFZ- KOLLEKTIV SCHÖNEBERGER STR. AKUT GEFÄHRDET!

Das KFZ-Kollektiv /Arbeitslosenselbsthilfeprojekt Schöneberger Str.22 ist ein Projekt im SSB e.V. Zu dem Verein gehören das Tommi-Weißbecker-Haus, das selbstverwaltete Jugendzentrum Drugstore, das ehemals besetzte und in Selbsthilfe aufgebaute Haus Mansteinstr. , die besetzten Häuser Marchstr./Einsteinufer und das Kinderferien - und Tagungshaus Wernsdorf.

Das Projekt Schöneberger Str. existiert seit fast 20 Jahren (seit 1977) und bietet seitdem vielen Menschen die Möglichkeit, selbstbestimmt zu arbeiten, Fahrzeuge bezahlbar reparieren zu lassen oder mit fachlicher Unterstützung selber zu reparieren .
Dieses Projekt soll jetzt von der BEV (Bundeseisenbahnvermögen) /Deutsche Bahn , unserem Vermieter , plattgemacht werden .1994 erhielten wir eine fast 100%ige Mieterhöhung (siehe Grafik)



Wir haben ein Jahr lang versucht, das Geld aufzubringen, haben uns um Unterstützung durch den Bezirk bemüht, Bettelbriefe geschrieben und uns sogar privat verschuldet .

DIESE MIETE IST NICHT AUFBRINGBAR !

In Verhandlungen mit der BEV haben wir 90.000 DM Jahresmiete geboten. Das ist ihnen nicht genug . Sie haben uns gekündigt ! Am 30.9.96 ist der RÄUMUNGSPROZESS , zu dem wir noch mobilisieren werden .Wenn wir verlieren , rollen auf uns Abrißkosten von mehreren 100.000DM zu . Das wäre nicht " nur " das Aus für die Schöni , sondern eine Bedrohung für den gesamten Verein . ABER : WIR LASSEN UNS NICHT EINFACH IM RAHMEN DER UMSTRUKTURIERUNG ZUR HAUPTSTADT UND DIENSTLEISTUNGSMETROPOLE WEGFEGEN ! Das Gelände ist durch seine Lage attraktiv und profitversprechend für die Bahn geworden . Am liebsten würde die Bahn nicht nur dieses Grundstück als profitables Bauland verkaufen . Kleine Betriebe und soziale Projekte , denen damit die Existenzgrundlage geraubt wird , interessieren die Bahn genau so wenig wie dringend notwendige Grünflächen im Bezirk .

FREIWILLIG GEHEN WIR NICHT !!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Wir fordern: die Rucknahme der Kundigung /eine für uns bezahlbare Miete /einen langfristigen Mietvertrag mit der Möglichkeit , mit anderen Projekten zu kooperieren !

Am Freitag , den 6.9.1996 ab 15.00 Uhr machen wir einen **TAG DER OFFENEN TÜR** mit Infos , Essen , Trinken und Band in der Schöneberger Str. 22

ACHTET AUF WEITERE INFOS UND KOMMT ZAHLREICH !!!!!!!!!!!!

was das soll! - antwort auf die frage, warum wir nach grevesmühlen mobiliseren

in der letzten interim veröffentlichte die göttinger drucksache eine stellungnahme, nach der sie eine mobilisierung nach grevesmühlen „unkar", „falsch" und „kontraproduktiv" findet.
in den lübecker nachrichten vom 13.08.96 (artikel anbei) bezeichnet christopf kleine vom lübecker bündnis gegen rassismus parolen aus unserem aufruf als „unpolitisch und sektenhaft".

ohne diese beiden herangehensweisen auf eine stufe stellen zu wollen (stellungnahme in der interim einerseits, politische denunziation und diffamierung in der springer presse andererseits) möchten wir noch einmal unsere gründe darstellen, eine demo in grevesmühlen zu veranstalten. auf die lübecker werden wir demnächst ausführlicher antworten.

kurz nach dem brandanschlag und bevor safwan verhaftet wurde, gab es bereits eine spontandemonstration in grevesmühlen, getragen von cafè morgenland und der lübeck gruppe beim antinationalen büro hh, zu der das lübecker bündnis nicht mitaufrufen wollte.

safwan wurde auf grund der aussage eines deutschen sanitäters, er hätte die tat gestanden, als „täter" präsentiert, nachdem eine aufgebrachte weltöffentlichkeit mit dem finger wieder auf „deutschland" zeigte. die weltöffentlichkeit wurde mittels der der verhaftung folgenden nachrichtensperre zum verstummen gebracht. die verhaftung von safwan löste in der linken - nett ausgedrückt - eine völlige verwirrung aus. wir finden es mehr als angebracht, nun - da safwan vor gericht muß - noch einmal die frage nach einer anderen täterschaft zu stellen, anstatt sich mit der kritik an den rassistischen ermittlungen zu begnügen. zwei mehr oder weniger große demonstrationen in lübeck, auf denen wir unsere solidarität mit safwan und den überlebenden des brandanschlages ausdrücken konnten, gab es bereits. und beim prozeß wird sich auch alles auf lübeck konzentrieren und darauf, ob safwan seine unschuld beweisen kann oder nicht.

auf die frage, wie wir safwan unterstützen können, gab es für uns daher von anbeginn an - lange vor den entlastungs-ermittlungsergebnissen der unterstützungsgruppen - nur eine antwort: die öffenlichkeit vor dem prozeß noch einmal mit der nase auf die frage zu stoßen, wo die täter sitzen.

in „deutschland" sitzen die täter aber keineswegs nur in den institutionen. es gibt den strukturellen rassismus, genauso wie die faschistische organisierung. keine frage. aber es gibt auch die, bei denen die rassistische stimmungsmache, von der auch die göttingerinnen sprechen, ankommt, auf mehr als fruchtbaren boden fällt. die, die hetze als das empfinden, was sie ist: der freifahrtschein, die eigenen rassistischen neigungen voll ausleben zu können! es ist doch nur noch die frage, welche stadt wird es beim nächsten mal sein, in der die rassisten übermäßig aktiv werden: menschen angreifen, verletzten, ermorden, dabei zusehen, feiern, klatschen, antreiben. die frage nach den ganz alltäglichen rassistischen schweinereien möchten viele migrantinnen gar nicht mehr ansprechen. wem sollten sie es auch erzählen? es geht schon lange nicht mehr nur um die eisspitzen der berge. neben ein paar netten, hilfsbereiten, freundlichen deutschen steht die mehrheit der bevölkerung, die findet, es seien zu viele ausländer im land, das wieder „deutschland" heißt.

dieses „deutschland" aber ist ein land mit einer ganz speziellen geschichte. allen rechten und linken normalisiererinnen zum trotz wird dieses land, wird „deutschland", seine vergangenheit nicht los. der nationalsozialismus, der vernichtungswille der ganz normalen deutschen (oder warum wird goldhagen mit seinen thesen derart persönlich angegriffen) prägen dieses land und seine bevölkerung wie wenig anderes in der geschichte.

die diskussion hierhin zu lenken, die kontinuitätsdebatte nicht darauf zu beschränken, daß so viele ehemalige nazis nach 45 wieder in den schaltstellen der macht saßen, obwohl auch das die frage danach zuläßt, daß da offensichtlich genügend waren, die wieder untergebracht sein wollten, das finden wir wichtig.

wenn wir mit unserer demonstration von safwan ablenken können und die debatte um „deutschland" in die gänge schieben, na hervorragend!

wir finden es schade, daß die göttinger bei ihrer aufzählung der ursachen von rassismus zwar die üblichen staatlichen institutionen und gesetze, die stimmungsmache, abschiebungen, abschottung europas nennen, aber zu dem ganz normalen rassistischen alltag mit seinen abertausenden grenzverletzungen durch ganz normale deutsche nicht stellung beziehen. sie sagen zwar, sie teilen unsere thesen über den rassistischen normalzustand, aber welche schlußfolgerungen werden daraus gezogen?

sie widersprechen sich leider selbst, wenn sie einerseits schreiben, daß es wichtig ist, herauszufinden, wer genau die mörder sind, da diese „persönlich verantwortlich" seien, es aber doch gar nicht klar sei, ob die wirklichen mörder aus grevesmühlen kommen, und andererseits nicht nach grevesmühlen fahren wollen, da dann niemand mehr über die „rassistischen ursachen des brandanschlages" reden wird. träger des mörderischen terrors gegen migrantinnen und flüchtlinge ist der ganz normale deutsche mob. und damit sind sie auch die verursacher, die ursache. die merkwürdige zweigleisigkeit, daß nur die tatsächlichen mörder und nur der staat verantwortlich für lübeck sind, mögen wir nicht teilen. wir können lübeck nicht isoliert von all den anderen brandanschlägen und pogromen betrachten. alle, die weder staat noch direkt selbst täter sind, wären damit fein raus.

wir finden demgegenüber, daß es noch ganz andere formen von verantwortlichkeit, sprich viel mehr „täter" gibt: z. b. die, die still und heimlich mit den mördern sympathisieren; die, die laut und deutlich den „niggerschweinen" und allen, die sie unterstützen, den tod wünschen; die, die keine fragen haben, keine empörung, wenn ihre kinder, freunde und bekannten von den tatorten zurückkommen und vor laufender kamera bekennen, es habe ihnen spaß gemacht in rostock dabei gewesen zu sein; die, die nicht einmal öffentlich nachdenken wollen, wenn leute aus ihrer mitte mit frischen brandspuren nach hause kommen - deshalb fahren wir nach grevesmühlen.

wie würde es in diesem land aussehen, wenn alle sich gegen rassismus wehren würden. demos für bleiberecht aller flüchtlinge organisieren oder selbst unterkünfte anbieten würden, um flüchtlinge vor drohenden abschiebungen zu verstecken.

es geht selbstverständlich nicht nur um grevesmühlen. auch nicht um nordwestmecklenburg. es geht um die überwältigende mehrheit der deutschen. und um es ehrlich zu sagen: wir wollen uns nicht um sie bemühen. es geht darum, ihnen grenzen zu setzen. die kosten für das ausleben ihrer rassistischen macht möglichst hoch zu treiben. sicherlich ist so eine demonstration nur ein kurzes DEMONSTRIEREN unserer ansichten. rassisten tatsächlich aufzuhalten, setzt eine ganz andere auseinandersetzung voraus.

grevesmühlen ist ein synonym. und grevesmühlen steht für:
solidarität mit den rechten - vertuschung der spuren, die zu den mördern führen
dem mörderischen rassistischen alltagsklima in „deutschland"
einer bevölkerung, die mehr sympathie als fragen, geschweige denn wut und haß, hat, wenn ihre nachbarn, bekannten, kinder vom morden nach hause kommen und sich stolz dazu bekennen

kommt mit uns nach grevesmühlen
samstag, 31. august 96 - 13.00 uhr ab bahnhof

den täterinnen auf die pelle rücken

mit rassisten, faschisten, und denen,
die sie in ihrer mitte schützen,
gibt es keinen frieden

Die Täter sind überall ...
... auf nach Grevesmühlen!

ab sofort gibt es BUSFAHRKARTEN für die Demonstration in Grevesmühlen

☆ Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

☆ x-beliebig, Liebigstr. / Rigaerstr.

TREFFPUNKT ZUR ABFAHRT:
SAMSTAG, 31. 08. UM 8.30 UHR ROSA-LUXEMBURG-PLATZ VOR DER VOLKSBÜHNE

Gruppen bitten wir, sich kurz im Antirepressionsbüro zu melden,
damit wir rechtzeitig weitere Busse ordern können!

Kontakt über:
Vorbereitungsgruppe Grevesmühlen, c/o Antirepressionsbüro, Dieffenbachstraße 33, 10967 Berlin, Fax: 0 30 / 6 94 93 54

Heimat ist ihr Auftrag - Heim ins Reich ihr Ziel



Auch dieses Jahr werden der Einladung des Bundes der Vertriebenen (BdV) zum 'Tag der Heimat' am 8.9.96 wieder Verbände und Gruppen folgen, um ihre Politik der Relativierung der deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus und der Destabilisierung der osteuropäischen Staaten mit dem Ziel der Revidierung der deutschen Ostgrenzen fortzusetzen.

Mit dabei sein werden konservative Politiker der CDU bis hin zu faschistischen und neurechten Gruppierungen aller Couleur, um ihre reaktionäre Propaganda öffentlichkeitswirksam unter den sich zu Unrecht vertrieben fühlenden Menschen zu verbreiten und ihre Geschlossenheit und gesellschaftlichen Einfluß zu demonstrieren.

Das Motto des diesjährigen 'Tages der Heimat' ,*'Heimat ist Auftrag - Gerechtigkeit unser Ziel'* - fügt sich nahtlos in das revanchistische Gegeifer der letzten Jahre ein, das seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten immer unverschämter wird. Die Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust und an systematischen Kriegsverbrechen wird bestritten, der Holocaust und die anderen Verbrechen der deutschen Täter werden gleichgesetzt mit dem scheinbaren Unrecht der Umsiedlung.

Der Erfolg der jahrzehntelangen reaktionären Wühlarbeit der Vertrieben-enverbände zeigt sich an den lauter werdenden Forderungen nach der Revidierung der deutschen Ostgrenzen und an dem aggressiver werdenden Tonfall der Bundesregierung gegenüber den Regierungen Tschechiens und Polens.

Die absurden Forderungen der Vertriebenenverbände nach Rückgabe der Ländereien, Ansiedlungsrecht in den 'ehemaligen deutschen Ostgebieten' und Entschädigungszahlungen für das erlittene Leid der Deutschen stehen auf der politischen Tagesordnung in den Verhandlungen um die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO-Osterweiterung.

Das alte Motto 'Am deutschen Wesen soll die Welt genesen' scheint die einigende Klammer der am 'Tag der Heimat' beteiligten Gruppierungen zu sein. Der Traum von Großdeutschland als Führungsmacht in Europa soll Wirklichkeit werden. Die ökonomische und neuerdings auch die militärische Macht der BRD soll genutzt werden, um die nationalistischen und völkischen Ziele dieser Gruppierungen durchzusetzen.

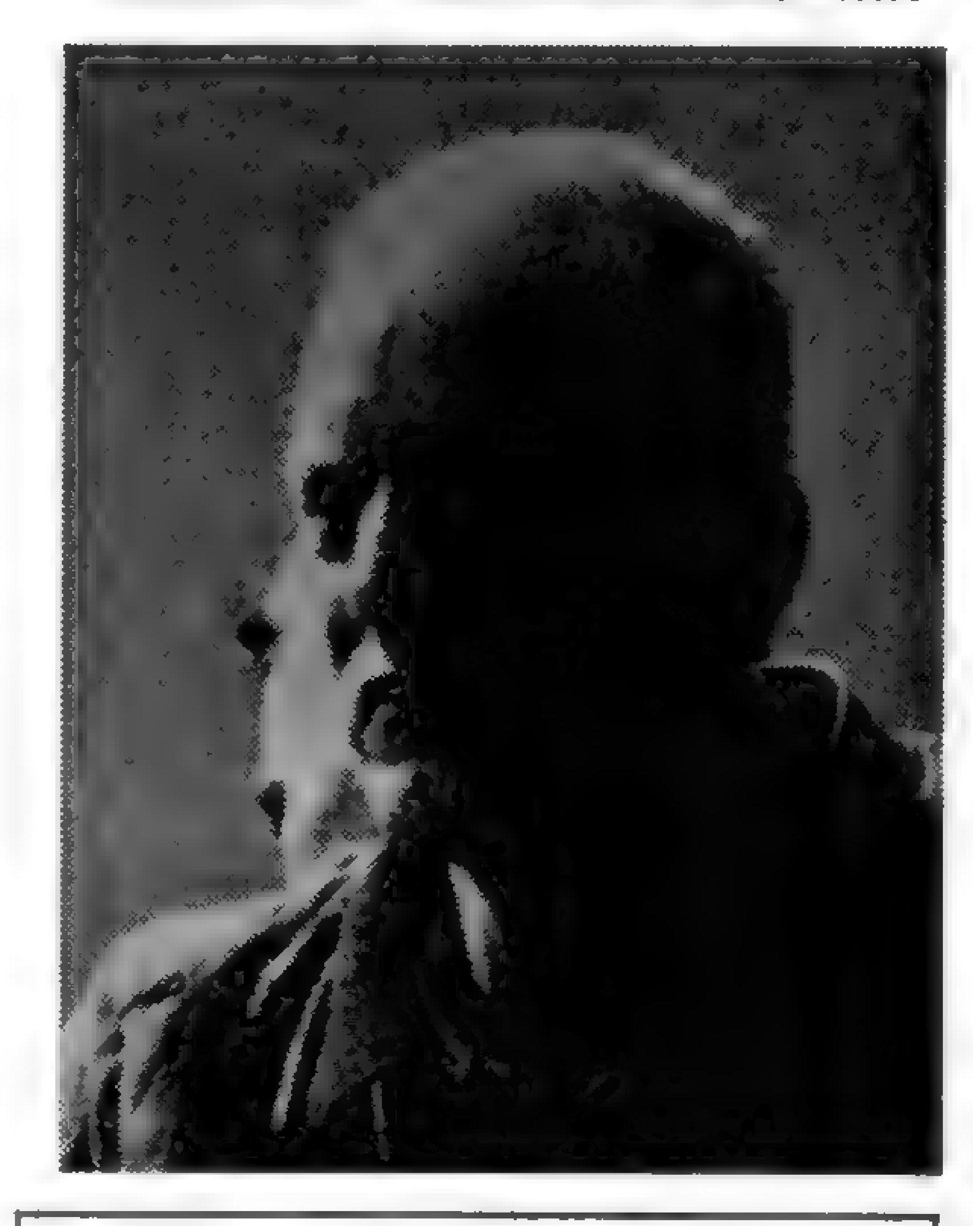
Beim Tag der Heimat und ähnlichen Veranstaltungen treffen sich alle:

- militante Nazis mit ihrem individuellen Terror gegen ImmigrantInnen,

- etablierte Rechtsradikale mit der Politik der Schaffung deutscher Gebiete in Osteuropa

- Vertriebenenverbände mit der politischen Forderung von Volksgruppen- und Minderheitenrechte für Deutsche in aller Welt,

- und konservative Politiker, die die Formierung der 'deutschen Nation' und den autoritären Charakter der Berliner Republik ausbauen wollen und die völkischen Traditionen deutscher Ostpolitik nur zu gerne aufgreifen.



Tino Stange
Ex-FAP auf dem TdH 94

Diese Strategie der Einflußnahme der Vertriebenenverbände ist eine Kopie bzw. Fortführung völkischer Politik vor und während des Dritten Reiches, betrieben von denselben gesellschaftlichen Gruppierungen mit den gleichen Absichten.



Detlev Cholewa
Vorsitzender der Kameradschaft Treptow auf dem TdH 1994

Was ist der 'BdV'?

Der BdV ist eine der mitgliederstärksten revanchistischen Organisationen in der BRD. Als solcher hat der BdV, dessen politische Heimat vor allem in der CDU/CSU liegt, eine ausgeprägte Braunzone

hin zu rechtsextremistischen Gruppen und Einzelpersonen. Veranstaltungen vom BdV dienen schon seit Jahren der NPD, den Republikanern, der FAP und heute den 'Nationalen' als Bühne für faschistische Propaganda und als Möglichkeit zur Vernetzung.

Der BdV ist ein wichtiger Teil der ostexpansionistischen Strömung der deutschen Außenpolitik.





Trotz des Koalitionsverbotes für Heimatvertriebene durch die Alliierten bildeten sich schon bald nach dem Krieg erste Revanchistenverbände. Diese schlossen sich 1958 zum BdV zusammen, der insofern die Nachfolgeorganistion des 1945 zerschlagenen 'Bund deutscher Osten' darstellt. Der erste Präsident des BdV war Dr. Hans Krüger (CDU), der 1964 nach einem Jahr Amtszeit als Bundesvertriebenenminister wegen seiner Nazivergangenheit zurücktreten mußte.

Die Mitglieder des BdV sind Bürger der BRD, aber ihre Heimat liegt in Polen, den Ländern der ehemaligen SU, in Tschechien, Ungarn, Rumänien.

Für sie ist Heimat kein geographischer Begriff, sondern die Umschreibung des Anspruchs auf politische und ökonomische Macht in den klassischen Interessensphären Deutschlands in Osteuropa. Scheinbar ist dieser Anspruch auch vererbbar : *"Kinder, die nach der Vertreibung geboren worden sind, erwerben die Eigenschaften als Vertriebener.... des Elternteils...".* (§7 des Bundesvertriebenengesetzes von 1971)

Für den BdV gibt es kein Völkerrecht, sondern lediglich das Selbstbestimmungsrecht des "deutschen Volkes und Blutes". Deshalb erkennt er auch die Grenzen der Nachbarstaaten nicht an. Weder die Grenzziehung durch das Potsdamer Abkommen (1945) noch die '2+4-Verträge' (1990) werden durch den BdV anerkannt.

"Die BRD-Grenze (...) ist nur als Übergangslösung zu akzeptieren"

Paul Latussek - Vizepräsident des BdV in der Deutschen Rundschau 1994

"..die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze ....ist die Amputation eines Drittels Deutschlands" PeterStoll-BdV-Funktionär

Hans Heckel, 38 Jahre - also 'Blutsvertriebener' - äußerte sich auf dem 'Tag der Heimat' 1993 in Stade, daß *der 2+4 Vertrag die deutschen Volksgruppen zwinge, in den jetzigen Staatsgrenzen zu leben. Diese seien ihnen aber von anderen aufgezwungen worden. .... und was dabei heraus komme, könne man ja jetzt am Bürgerkrieg in Jugoslawien sehen. Und wenn bald in Osteuropa dasselbe geschehe, dann solle sich keiner wundern.*

Revanchismus ist Kriegstreiberei

Der BdV ist ein gewichtiger Teil einer völkischen Clique, zu der neben gestandenen Alt- und Neonazis auch einflußreiche konservative Politiker wie Kanther, Schäuble und Stoiber und Generäle wie Naumann gehören. Das gemeinsame Ziel dieser Clique ist die politische und territoriale Revidierung der Ergebnisse des von Deutschland zu verantwortenden 2. Weltkrieges.

Volksgruppenpolitik im Dritten Reich

Die fünfte Kolonne der aggressiven deutschen Außenpolitik seit dem 1. Weltkrieg in den osteuropäischen Staaten waren die "Vereinigung der Heimattreuen" und die "Heimatbünde". Das waren chauvinistische Vereinigungen, die als deutsche Herrenmenschen ihre Nachbarn unterwerfen wollten und so die idealen Statthalter des deutschen Eroberungsdrangs nach Osten waren. Diese betrieben mit Unterstützung der Nazis die sogenannte 'Volksgruppenpolitik'. Das Ziel dieser Politik war es, mittels Wühl- und Destabilisierungsarbeit in den osteuropäischen Ländern



Heimat ist uns zuwider - Deutschlabnd pulverisieren unser Ziel Heimat ist uns zuwider - Deutschlabnd pulverisieren unser Ziel

Für eine Null-Lösung der deutschen Frage

Territorien 'heim ins Reich' zu holen.

Unter dem Vorwand, ihre Volksgruppenrechte wahrzunehmen, stellten sie unannehmbare Forderungen an die jeweiligen Regierungen. Die Nichterfüllung dieser Forderungen diente dann in der reichsdeutschen Propaganda als Rechtfertigung für deutsche Interventionen, Hilfeleistungen genannt, in den jeweiligen Ländern.

Die 'Vertreibung' der Deutschen war die Konsequenz ihrer Politik und ihrer Verbrechen vor und während des zweiten Weltkrieges.
Wie gerechtfertigt diese Vertreibung war, zeigt sich daran, daß auch heute immer noch die deutschen Ostgrenzen in Frage gestellt werden und daß die Bundesregierung deutsch-nationalistische Gruppierungen in Belgien, Elsaß, Südtirol und im gesamten Osteuropa finanziell unterstützt.

Dabei ging es immer um die Abtretung der politischen Macht in den betreffenden Gebieten an die RepräsentantInnen der "Volksdeutschen".

Ein gutes Beispiel für diese Strategie ist die Politik des sudetendeutschen Faschisten Henlein in der Tschechoslowakei. Die Partei Henleins, die SdP, hervorgegangen aus dem 'Deutschen Turnverband', lehnte die Integration in den tschechischen Staat rundweg ab und begann ab 1935, mit Hilfe von Freikorps bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht zu provozieren. Mit 68 % aller deutschen Stimmen wurde sie bei der Wahl im Mai 1935 zur stärksten Partei, die durch den VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) und somit auch durch die NSDAP direkt aus Berlin gesteuert wurde. In Absprache mit Hitler wurde im März 1938 die Forderung nach Autonomie verworfen, Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung abgebrochen und der ultimative 'Anschluß' an das Deutsche Reich verlangt. Die Durchsetzung dessen gelang mit dem Münchener Abkommen von 29.9.38, womit die Zerschlagung der Tschechoslowakei de facto besiegelt war.

Volksgruppenpolitik heute

Mit den gleichen Methoden versucht die reaktionär-völkische Clique seit dem Ende des NS den Einfluß Deutschlands auf Osteuropa zu vergrößern, was zu Zeiten des Kalten Krieges nur wenig Erfolg zeigte. Erst mit der soziallliberalen Politik des "Wandel durch Annäherung" wuchs der Einfluß durch steigende wirtschaftliche Abhängigkeit der Länder. Mit großzügigen deutschen Krediten wurde der Boden bereitet, auf dem heute zum Beispiel deutsche Schulen gebaut werden.

Dramatisch wurde die Situation nach 1989: Mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft in Osteuropa sahen BdV, VdA und Kumpanen den geeigneten Zeitpunkt gekommen, mit klassischen Maßnahmen im "deutschen Osten" ihren Einfluß auszudehnen: Aufbau von deutschen Schulen und deutschen Begegnungszentren, Landkäufe für deutsche Siedler, Gründung von deutschen Heimatvereinen, die sich angeblich der kulturellen Brauchtumspflege widmen, Einrichtung von Stiftungen, die Gelder aus der BRD an Projekte verteilen, die sich im Sinne der deutschen Volksgruppenpolitik betätigen.

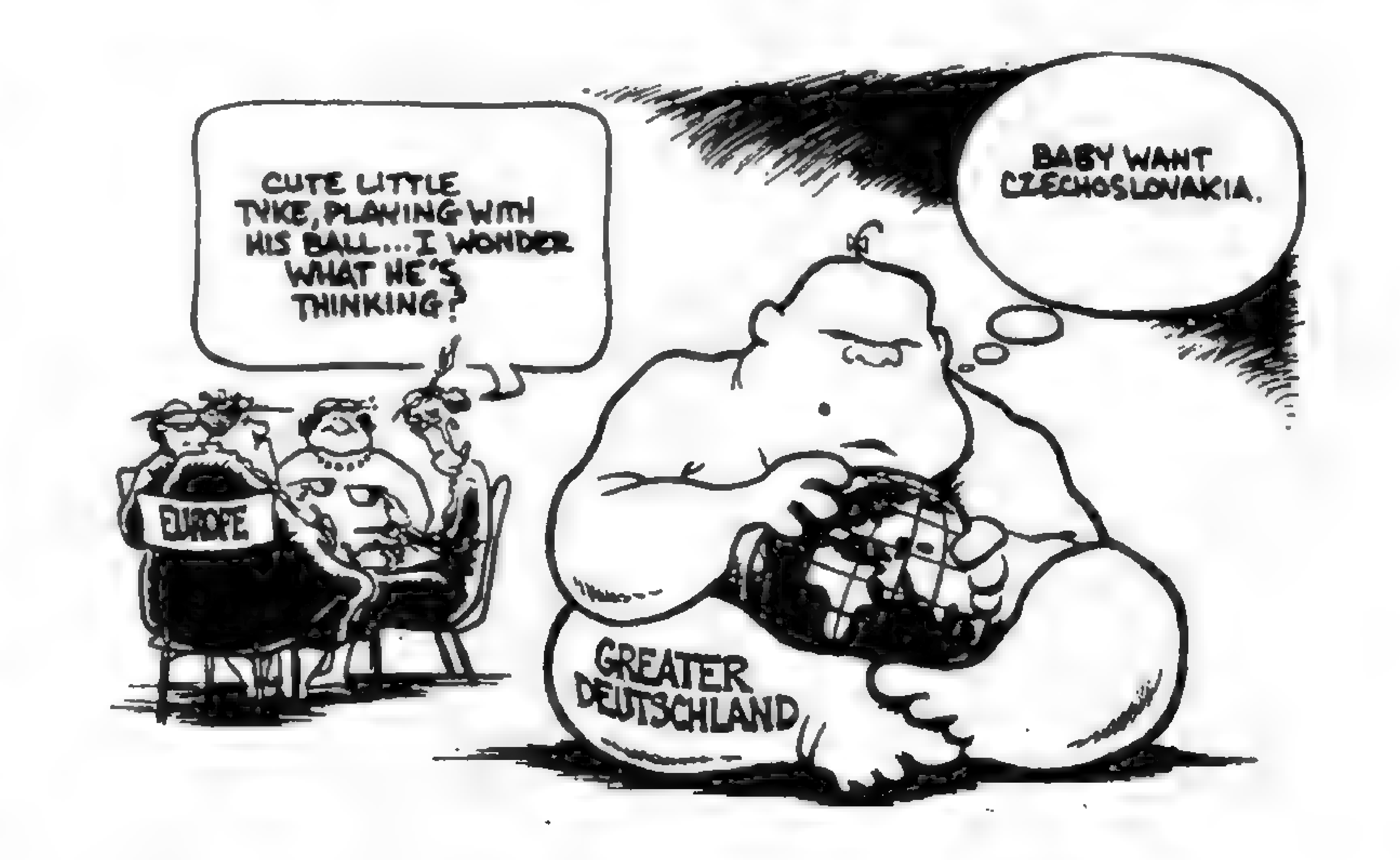
Allein in Polen hat die Bundesregierung die deutsche Minderheit von 1990 - 1995 mit 120 Millionen DM gefördert- (JW 29.6.96)

Im gesamten Vertriebenenbereich hat die Bundesrepublik bis zum 31.März 1996 rund 1,43 Milliarden Mark bereitgestellt. (Antifa-Info 35)

Ziel all dieser Maßnahmen ist nicht die Integration der dort lebenden deutschen Minderheiten, sondern die Schaffung abgeschlossener deutscher Bevölkerungsteile, die mit Sonderrechten ausgestattet sind. So gibt es mittlerweile in Polen ca. eine halbe Million Menschen, die von deutschen Behörden in Polen mit deutschen Pässen ausgestattet wurden und entsprechend z.B. auch an den Wahlen zum deutschen Bundestag teilnehmen dürfen.

Auch die Interessen des Kapitals gilt es nicht zu vernachlässigen:

Das ehemalige Aufsichtsratsmit-



glied der Deutschen Bank, Hans Christians, wünscht sich von Rußland mit Blick auf das Gebiet um Kaliningrad günstige Zoll- und Steuerbestimmungen, in denen sich westliche Unternehmer freier etablieren können und spekulierte : *"Wenn es zudem gelänge, einen Teil der ausreisesuchenden Deutschstämmigen auf freiwilliger Basis in dieser Industrie- und Kulturzone anzusiedeln, stünden hochmotivierte Leute zur Verfügung, mit denen ein deutsches Wirtschaftszentrum dann den Ostseeraum in Richtung Polen, Westeuropa oder Skandinavien erfaßt."*

Solche hochmotivierten Leute sind bereits vor Ort: die 'Aktion deutsches Königsberg', ein Netzwerk von Vereinen unter Führung des Faschisten Dietmar Munier, ist seit 1992 damit beschäftigt, in Trakehnen ein deutsches Musterdorf samt Schule, Bäckerei, Ziegelwerk usw. aufzubauen. Applaus und Unterstützung gab es dafür zum Beispiel vom sächsischen Justizminister Heitmann ebenso wie von Jörg Haider oder dem ehemaligen MdEP Emil Schlee (REP). In der bereits im Betrieb befindlichen Schule arbeiten NPD- und Deutsche Liga- Mitglieder eng zusammen.

Solche Unternehmungen sind auch im Interesse der Bundesregierung. Mit der finanziellen Unterstützung und Organisierung der deutschen Minderheit entwickelt die Bundesregierung ein 'völkisches' Drohpotential zur Einflußnahme auf die Politik der osteuropäischen Länder, um z.B parlamentarische Entscheidungen zu beinflussen.

Die deutschen Volksgruppen haben auf jeden Fall eine Brückenkopffunktion, um neben der wirtschaftlichen auch eine kulturelle Durchdringung in Osteuropa zu gewährleisten bzw. voranzutreiben.



Die neue Rolle und die neue alte Zielsetzung des deutschen Militärs - die Sicherung vitaler deutscher Interessen weltweit - lassen in diesem Zusammenhang Schlimmstes befürchten.

Besonders delikat ist die Tatsache, daß die Politik der nationalen Formierung nicht mehr nur von den scheinbar "ewiggestrigen" Vertriebenen und ihren Verbündeten im rechten Lager und in konservativen Politikerkreisen betrieben wird, sondern sich mittlerweile als gesellschaftlicher Mainstream durchgesetzt hat. Sogar schon Teile der Grünen/Bü90 glauben inzwischen, daß "am deutschen Wesen die Welt genesen" könne und daß aus Gründen der Friedenssicherung und Völkerverständigung eine Rückkehr der 'Vertriebenen' in ihre Heimat unumgänglich sei. In einem Flugblatt der 'Grünen Sudetendeutschen' wird bspw. die Forderung "Heimatrecht aller Deutschböhmen, Deutschmähren und ihrer Nachkommen in der Böhmisch-mährischen Republik" erhoben und darüber hinaus eine "offizielle Aufforderung zur Rückkehr durch Beschluß des tschechischen Parlaments" angemahnt (jW, 28.5.96).

Auch wenn diese Sudetengrünen bislang noch wie ein zu belächelndes Exotikum wirken, sind sie doch symptomatisch für die Recht-sentwicklung der deutschen Politik. Die Auswirkungen sind tagtäglich erlebbar: ImmigrantInnen werden per ethnischer Zuordnung der organisierten Kriminalität oder des internationalen Terrorismus überführt und zur permanenten Bedrohung der 'inneren Sicherheit' Deutschlands stilisiert, die unter Mißachtung aller humanitären Grundsätze an der Einreise gehindert oder aus Deutschland entfernt werden müssen.

Sogar die Einschränkung der sozialen Sicherung des/der Einzelnen wird mit dem übergeordneten Interesse der Nation begründet, von der Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der erwirtschafteten Güter redet kein Mensch mehr.

Das allmähliche Wegdiskutieren der deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus ist die ideologische Grundlage einer aggressiven deutschen Großmachtpolitik, die auch vor der militärischen Durchsetzung deutscher Interessen nicht mehr zurückschreckt.

Komittee zur Abwicklung des 'Tages der Heimat 1997'



Deutscher Reichstag- ganz gut pulverisiert

Den nationalen Konsens angreifen Deutschland pulverisieren

Heimat ist uns zuwider - Deutschland pulverisieren unser Ziel Heimat ist uns zuwider - Deutschland pulverisieren unser Ziel

ALLE JAHRE WIEDER ... ?

Das Sommerloch geht seinem Ende entgegen, und jede Menge wichtiger Dinge warten darauf, von uns in Angriff genommen zu werden. So findet auch in diesem September wieder in Berlin-Charlottenburg der vom **BUND DER VERTRIEBENEN** organisierte 'Tag der Heimat' (TdH) statt, ein Event, bei dem sowohl Antifas als auch Linksradikale, die sich mit dem BRD-Imperialismus beschäftigen, reichlich Anlaß hätten, um dort auf der Matte zu stehen ...

Eine kleine Rückschau

Im letzten Jahr fand sich ein Bündnis verschiedener Gruppen zusammen, das den TdH nutzen wollte, um an diesem Beispiel die Vernetzung von bürgerlicher Mitte und Faschos bei der von beiden angestrebten Destabilisierung Osteuropas aufzuzeigen und dagegen öffentlich vorzugehen.

Es wurde versucht, in der Szene breit zu mobilisieren, und bei einer Infoveranstaltung, die das Bündnis im Vorfeld organisierte, wurde klar, daß sich auch der Staatsschutz lebhaft - d.h. mit menschlicher und evtl. auch technischer Überwachung - für die Aktivitäten des Bündnisses interessierte. Offensichtlich hatte das Bündnis an einem neuralgischen Punkt angesetzt. (Siehe dazu auch **INTERIM** Sept./Okt. 95)

Wer den Stellenwert dieser Aktionen allerdings nicht peilte, wart Ihr, verehrtes Szenepublikum!

Trotz unserer Rödelei kamen bestenfalls 300 Personen vor die Sömmeringhalle, so daß es nicht gelingen konnte, das Treiben der anwesenden Faschos, geschweige denn den TdH selbst irgendwie zu beeinträchtigen.

Mehr noch: Für jede Nase von uns lungerten rund zwei Bullen herum, die dann auch nicht fackelten, sondern uns auf dem Abmarsch erst intensiv dokumentierten und dann aufmischten, so daß es zu Verletzungen und zu einer Reihe von verdammt teuren Verfahren gegen DemöteilnehmerInnen gekommen ist.

Dieses Nichtverhalten der Szene steht nicht isoliert da. Erinnert sei z.B. an die Berliner NATO-Tagung, zu der ebenfalls nur gut 3.000 Menschen mobilisierbar waren. Das politische Niveau ist derzeit schlichtweg bodenlos, und angesichts dessen, daß es inzwischen als höchster Bewußtseinsinhalt gilt, die *political correctness* der Ernährung gegenseitig zu beargwöhnen, dürfte der Tag nahen, an dem selbst die FAZ zur Aufpäppelung der radikalen Linken aufruft, damit sich der aufgeblähte teutsche Sicherheitsapparat nicht zu Tode langweilt.

Anyway, nachdem wir in diesem Jahr feststellen mußten, daß die Resonanz auf den TdH noch geringer geworden ist, haben wir beschlossen, von der Organisierung größerer Aktivitäten abzusehen. Es wird also zumindest von unserer Seite aus keine Veranstaltung bzw. Demo geben.

Trotzdem möchten wir ausdrücklich darauf hinweisen, daß es sich beim TdH um eine öffentliche Veranstaltung handelt. Es sollte doch durchaus für die Nachwelt dokumentiert werden, wenn z.B. der als Hauptredner vorgesehene Roman Herzog plötzlich ein Transparent der JN vor der Nase hätte, nich ?

Deshalb hier die Eckdaten:

47. 'Tag der Heimat' am 8. September 1996
Sporthalle Charlottenburg, Sömmeringstraße
U-Bhf. Mierendorffplatz
Einlaß ab 13.45 Uhr
Beginn 15.00 Uhr

Mensch kann die Vertriebenen aber auch bei anderen Gelegenheiten treffen:

7. September

9.30 Uhr, Kranzniederlegung am 'Mahnmal' Theodor-Heuss-Platz

15.00 Uhr, Katholischer Gottesdienst in der Rosenkranz-Basilika
Kieler Str. 11, Berlin-Steglitz
Zelebrant und Prediger: Pater Lothar Groppe SJ

8. September

11.00 Uhr, Evangelischer Gottesdienst in der Kirche 'Zum Heilsbronnen'
Heilbronner Straße 20, Berlin-Schöneberg
Gottesdienst und Predigt: Superintendent Horst Gunter

P.S.: Falls sich die eine oder der andere auch inhaltlich mit dem Thema vertraut machen möchte, so sei auch noch darauf verwiesen, daß es am 29.8.96 um 20.00 Uhr in der Humboldt-Uni eine Veranstaltung zur deutschen 'Volksgruppenpolitik' in Osteuropa geben wird.

KOMITEE ZUR ABWICKLUNG DES 'TAGES DER HEIMAT' 1997





Positionspaper zur Frage „Aber das Zeug muß doch irgendwohin..."

Eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen im Deutschland der Nachkriegszeit, die Anti-Atom-Bewegung, ist wieder im Gespräch. Nicht weil die Forderung „Sofortige Stillegung aller Atomanlagen" durch den Einzug der GRÜNEN in den Bundestag endlich Wirkung zeigt, sondern weil eine hartnäckige Schar von Aktivisten im Wendland das Nadelöhr der Atomwirtschaft mit wachsendem Erfolg blockiert.

In der jüngsten Zeit werden immer öfter Forderungen laut, die Anti-Atom-Bewegung müsse der Glaubwürdigkeit halber konstruktive Vorschläge zur ungelösten Frage der Entsorgung des Atommülls machen. Der Beitrag von K-P Klingelschmitt in der taz vom 6.8.96 **„Der lange Marsch in den Ausstieg"** stößt ins gleiche Horn. Dies möchten wir nicht unwidersprochen so stehen lassen, zumal anscheinend immer mehr MitstreiterInnen diesem Argumentationsdruck nachgeben (z. B. der BBU mit seinem Vorschlag der Einbetonierung von Hanau).

Wohin derartige Vorschläge führen kann an dem zitierten Beispiel nachvollzogen werden: Der BBU macht sich lächerlich, unglaubwürdig und letzten Endes mitschuldig. Das ist genau der Punkt den sich die Atomlobby wünscht: Die AtomkraftgegnerInnen in die Verantwortung einzubinden um 1. von der eigenen Verantwortung abzulenken und 2. die Bewegung durch Spaltung zu schwächen (wer will schon ein Endlager vor der eigenen Haustür haben).

Wir haben diesen Scheiß nicht erfunden, wollten ihn nie haben und halten es deshalb mit einem der „Väter" der Anti-Atom-Bewegung:

> „Abgesehen davon, daß eine solche Argumentation die grundsätzliche Kritik an der Atomenergie schwächt, sehe ich auch überhaupt keinen Grund, warum wir uns verpflichtet fühlen sollten, in irgendeiner Weise konstruktiv mitzuarbeiten. Sollen doch die politisch Verantwortlichen nach erfolgter Stllegung aller Atomanlagen und Beendigung des Atomprogramms das in den großen Atomforschungszentren vieltausendfach versammelte Gehirnschmalz einzig auf den Zweck orientieren, die relativ am wenigsten gefährliche Behandlung des Atommülls herauszufinden - ich werde dennoch jedes Konzept kritisieren, denn **jedes Konzept** wird zu Gesundheitsschäden und Tod von Menschen führen, und kein zustimmendes Wort dazu wird je über meine Lippen kommen." (in memoriam Jens Scheer, taz vom 23.10.93).

Zustimmen können wir der Einschätzung, daß die Taktik der Anti-Atom-Bewegung in Bezug auf die politische Einschätzung der Endlagerfrage zu hinterfragen ist. Nach wie vor ist zwar die ungelöste Entsorgungsfrage ein wichtiges Argument um neue MitstreiterInnen zu gewinnen. Andererseits hat die Atomlobby keinerlei Interesse an der Lösung dieser Frage. Sie verdient nämlich gut daran und hat mittlerweile durch die im Atomgesetz für die Entsorgung festgeschriebenen Rückstellungen eine Summe von 45 Milliarden DM sammeln können, steuerfrei und zur freien Verwendung. Dieses „Spielgeld" dient dem weiteren Ausbau der Monopolisierung in vielen anderen Bereichen: Grüner Punkt, Wasserwirtschaft, Telekommunikation, um nur die wichtigsten zu nennen. Nicht umsonst wird der Scharfmacher der Atomlobby, Dr. Steuer (Chef des Deutschen Atomforums und der Energieversorgung Schwaben) nicht müde zu betonen, daß ein Endlager frühestens im Jahre 2030 gebraucht würde.

Insofern ist die Taktik, die vorgeschobene Zwischenlagerung in Gorleben und anderswo zu blockieren, bei gleichzeitiger Forderung nach sofortigem Ausstieg und keiner weiteren Verdrängung der Endlagerfrage, das richtige Konzept. Die heftigen Kontroversen im Bundestag am 9.5.96 haben gezeigt, daß dieser Zusammenhang in der Politik sehr wohl begriffen wurde.

Der für Anfang November angekündigte CASTOR-Sammeltransport nach Gorleben soll nach dem Willen der Atomlobby weitere Tatsachen schaffen, um mangels Alternativen den ungeeigneten Salzstock in Gorleben durch „Sachzwänge" eines Tages für Endlager-geeignet zu erklären. Bei den Summen um die es dabei geht (allein die „Gorleben-Gelder" für die Gemeinden Gartow und Gorleben belaufen sich auf 500 Mill DM) finden sich garantiert genügend „Fachleute" um die nötigen Rechtfertigungen für die Politik anzufertigen.

Dies zu verhindern ist und bleibt Ziel der bundesweiten Anti-Atom-Bewegung, gerade auch im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Eintritt Deutschlands in die Riege der Atomwaffenstaaten durch den Baubeginn in Garching.

Deshalb: Für den **7.9.96** wird bundesweit mobilisiert um entlang der Transportstrecke im Wendland den Willen und die Entschlossenheit des Widerstands zu dokumentieren, egal ob der Transport nun im Herbst bei dunkler Nacht oder wann auch immer durchgeführt oder abgesagt wird. **KOMMT ALLE !!**

Anti-Atom-Plenum & Freie Republik Wendland - Außenstelle Berlin c/o Ökodorf, Kurfürstenstr. 14, 14785 Berlin, 030 2616252, jeden Dienstag ab 19 Uhr 30

Castor-Chaoten

Die Bundesregierung rechnet im Fall weiterer Atommülltransporte mit gefährlichen Anschlägen und massiven Gewaltausschreitungen der linksextremistischen Szene. Einer vertraulichen Analyse des Bonner Innenministeriums zufolge werden die für den Herbst geplanten Castor-Transporte zum niedersächsischen Zwischenlager Gorleben einen dramatischen Anstieg von Straftaten und hohe Sachschäden verursachen.

Kapitulation: Unter Hinweis auf die verschärfte Sicherheitslage erklärte sich das Innenministerium in Hannover vergangene Woche außerstande, die Atommüllbehälter und den Schienenweg ausreichend zu schützen. Im Mai 1996 hatten rund 19 000 Polizisten einen Atomtransport vom französischen La Hague nach Gorleben gesichert – es war mit 46 Millionen Mark der teuerste Einsatz in der Geschichte der Bundesrepublik.

Nach Erkenntnissen des Innenministeriums hat sich die linksextremistische Szene fest darauf eingeschworen, weitere Castor-Transporte durch Deutschland „unmöglich" zu machen. Im vergangenen Jahr, so die Sicherheitsanalyse, seien vor und während der Atommüllverschiebung 724 Straftaten begangen worden.

Im Frühjahr oder Herbst
bei Sonne Wind und Regen
zu Roß und mit Schwert
das Wendland ist ne Reise Wert

Kommt er nu oder kommt er nicht - in diesem Jahr oder im Nächsten? Viele warten gerade auf eine Antwort zu dieser Frage, um sich dann zu überlegen, was sie denn tun können. Es ist aber richtig, wie auch die WendländerInnen uns in den letzten Wochen gezeigt haben, jetzt schon unseren Widerstand zu organisieren und praktisch werden zu lassen. Die Militanzfrage spielt dabei eine wichtige vielleicht auch entscheidende Rolle.

Eine Debatte über Militanz ist immer richtig und wichtig!

Neben der langweiligen Hetze über die "Gewalt" der "Castor-Chaoten" (Focus) in den Medien, gibt es im Wendland und um den Castor herum gerade einmal wieder eine Debatte über das Für und Wider von Militanz. "Die Besser Wisser Innen" haben in der letzten Interim Nr. 385 dazu versucht, Klarheit über so manche Scheinaussagen, scheinbare Gegensätzlichkeiten zu schaffen. Dagegen plädieren sie "für eine diffuse Breite und Vielfalt. Deren Unkalkulierbarkeit und Flexibilität ist es, welche jene Mischung hervorbringt, die der Gegenseite Kopfzerbrechen bereitet und die die Stärke des Gorleben-Widerstandes ausmacht." Dieses Plädoyer war hoffentlich nicht nur an die autonome "Szene" gerichtet, der Artikel nicht nur an die Interim etc. geschickt worden, denn die benannten Widersprüche sind rotieren ja vor allem in den "gewaltfreien" Kreisen. Weit spannender für "uns" ist eigentlich eine Diskussion "über" Militanz und die soll hiermit wieder einmal angeregt werden. Nach dem Tag X2 waren unsere Erfolge (der Militanz) unser erstes Gesprächsthema - es gab aber auch Kritik an Aktionen und der Vorgehensweise von einigen "Militanten". Zum Beispiel sollte beim nächsten Mal dem Steinewerfen aus der 5. Reihe mit Kopftreffer in der 1.Reihe nicht tatenlos zugeschaut werden. Wichtiger aber noch wäre die Frage was wir denn zum nächsten Transport für die besten Aktionsweisen halten. Natürlich ist das immer ein wenig unkalkulierbar, vielleicht auch überhaupt ein wenig schwer zu diskutieren, aber es wäre richtig, nicht alles dem Zufall zu überlassen, sondern eine militante Richtung vorzugeben.

Das Motto "Wir stellen uns quer" und ∩55 Millionen waren nicht genug∩ waren beim letzten mal durchaus richtungsweisend. Wir demonstrieren, blockieren und sabotieren, das ist sicherlich auch diesmal wieder richtig - viele Leute, die sich quer stellen, aber auch einen konkreten Schaden anrichten und die materiellen und politischen Kosten für den Castor in die Höhe treiben.

Eine wichtige Frage in dieser Hinsicht ist, ob es richtig ist, beim nächsten Mal stärker militant gegen die Bullen vorzugehen - Gewalt gegen Bullen - weil die ja den Castor bewachen und den Schweinestaat vertreten - mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Bei früheren Anti-Akw-Kämpfen stand die "Schlacht" gegen die Bullen sehr im Vordergrund. Dafür war sicherlich nicht nur "unsere" Seite verantwortlich, aber es hat sich einfach in diese Richtung entwickelt. Für das Wendland wäre eine derartige Entwicklung durchaus fragwürdig - vielleicht sogar falsch. Nicht das Militanz gegen die Bullen nicht auch notwendig und richtig ist, wenn aber diese Militanz, die eben auch eine Gewalt gegen Menschen ist, zu einer bestimmenden Erscheinung wird, läuft der Widerstand Gefahr, daß die Inhalte und eigentlichen Motivationen unserer Kämpfe immer mehr in den Hintergrund rücken.

Für eine starke und militante Sabotagebewegung gegen den Castor !

Ob in Gorleben, Morsleben, Garching, Ahaus, Gronau, Greifswald,...
...es gibt viel zu tun!

Zehn Jahre nach dem Unfall in Tschernobyl gehen Staat und Atomkapital wieder in die Offensive. Unmittelbar nach der Katastrophe vom 26.4.1986 in Tschernobyl starben 60.000 Menschen, Zehntausende von Menschen sind aufgrund der radioaktiven Strahlen bereits erkrankt - vor allem an Krebs. Es gibt Einschätzungen von ExpertInnen, die besagen, daß an den Langzeitfolgen der atmosphärischen Verbreitung des Fallouts mehr Menschen langsam sterben werden als im 2.Weltkrieg - mehr als 60 Millionen !
Jedes AKW vergiftet uns im Normalbetrieb mit radioaktiven Strahlen und erhöht somit auch nach wie vor die Langzeitwirkungen von Tschernobyl. Doch das interssieren den Staat und das Atomkapital einen Dreck. Wenn es um Profite und Macht geht ist alles egal, der deutsche Imperialismus möchte den Weg zur Atommacht gehen.
Auf die Gesamtdimension des neuen Atomprogramms, einigen Projekten davon und den damit verbundenen Folgen für einen revolutionären Anti-AKW-Widerstand soll dieser Artikel eingehen.

GORLEBEN:
Das Zwischenlager und das sich in Entwicklung befindliche Endlager haben für die deutsche Atommafia eine sehr wichtige Bedeutung. Ein Teil der Atommülltransporte nach Sellafield (GB) und La Hague (France) - das sind pro Jahr immerhin 60 - 100 Transporte - kann in Zukunft nach Gorleben, wo er langfristig auch endgelagert werden soll. Dem deutschen Atomkapital eröffnet sich die Möglichkeit, den Weiterbetrieb der bestehenden 19 bundesdeutschen AKWs zu garantieren, die Entsorgungslüge voranzutreiben - bis zum Jahr 2005 sollen acht neue AKWs in der BRD gebaut werden.
Die Lebensader der Atomwirtschaft, die Transporte, werden mit aller Macht durchgesetzt, sind aber auch prima sabotageanfällig und angreifbar.
Problem: bei Plutonium hat der Atommüll eine halbe Zerfallszeit von 28.000 Jahren, ein Castor - Behälter wie der erste, der ins Zwischenlager Gorleben durchgeknüppelt wurde, hat eine Radioaktivität von 40 Hiroshima-Bomben... Was stört das schon die Atommafia. Jeden Tag, an dem auch nur ein AKW weiterbetrieben wird, wird neuer Atommüll produziert, das unlösbare Problem ständig vergößert.

MORSLEBEN:
In das dortige Endlager rollen schon jetzt im Durchschnitt 16 Transporte pro Woche. Ein Widerstand vor Ort ist nicht zu sehen, das muß sich ändern.
Die Kapazität des Endlagers soll laut Bundesregierung um das 5-6 fache erhöht werden. Es gibt konkrete Bonner Pläne, welche das Ostfeld des Endlagers als neuen Einlagerungshohlraum mit einem maximalen Volumen von 1 Million Kubikmetern erweitern sollen. Die Abfallmenge beträgt bis jetzt 30.000 Kubikmeter, sie soll auf 170.000 erhöht werden. Die Gesamtaktivität des radioaktiven Materials soll von 10hoch15 auf 10hoch19 Becquerell, also auf ein 10.000 mal höheres Strahleninventar erhöht werden.
Erleichtert werden soll das ganze durch ein geplantes Lex Morsleben, ein Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

AHAUS:
Im Brennelementezwischenlager in Ahaus befinden sich zur Zeit über 290 Castorbehälter!

CASTOR-NIX

GRONAU:
In Gronau befindet sich seit zehn Jahren die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage (UAA). Geplant auch hier : ein Ausbau der Anlage. In der UAA wird Natururan angereichert, weil es nicht Uran-235 enthält, das für den Betrieb von AKWs notwendig ist. Die dortige Anreicherungstechnologie kann auch zur Gewinnung von hochangereichertem, atomwaffenfähigen Uran mißbraucht werden. Das Uran wird in der Anlage als Uran-Fluor-Verbindung (UF6) verarbeitet. Diese ist radioaktiv und stark giftig.
In Gronau lagern 4000t angereichertes Uran, in Fässern und unter dem freien Himmel. Die Anlage ist nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert. Regelmäßig gibt es UF6-Transport von und zur UAA.
Der Uranabbau steht ganz im Kontext des imperialistischen Weltmarktes. Hauptsächlich importiert aus Australien, Südafrika und auch Kanada befinden sich 70% der weltweiten Uranvorkommen unterm Land von indigenen Völkern. Dementsprechend ist auch der gesundheitsschädliche Abbau.
In der BRD läuft das Ganze über die Uranbergbau GmbH und die Urangesellschaft mbH.
Ein Slogan von Indigenas : „Das Uran muß in der Erde bleiben!"

SCHACHT KONRAD:
In dieser ehemaligen Eisenerzgrube sollen ab 1997 600.000 Kubikmeter Atommüll deponiert werden.

DER FRM II IN GARCHING:
Das marode „Atomei" soll durch den neuen Forschungsreaktor FRM II ersetzt werden. Mit dem Bau ist mittlerweile begonnen worden. Bauherrin ist die Technische Universität München, hergestellt werden soll nicht Energie sondern Neutronen für wissenschaftliche Zwecke. Verwendet werden soll Uran-235 (HEU), hochangereichert und somit atombomben-tauglich. Die Gefahren des FRM II sind dieselben wie bei einem normalen AKW: freiwerdende Radioaktivität schon im Normalbetrieb, Unfallgefahren, ungeklärte Endlagerung des abgebrannten Brennmaterials, Gefahren beim Transport der Brennstäbe, Gefahr durch Flugzeugabstürze.
Aus HEU kann ohne großen technischen Aufwand eine Atombombe gebaut werden. Die Dimension des FRM II für den deutschen Imperialismus im imperialistischen, internationalen Konkurrenzverhältnis wird daran deutlich, daß die US-Regierung seit 1989 versucht, das Projekt zu verhindern und einen HEU-Lieferstopp verhängt hat. Die USA ist nicht bereit, dem neuen souveränen Deutschland waffenfähiges Uran zu geben. Die BRD will notfalls den Bombenstoff aus militärischen Beständen der ehemaligen Sowjetunion kaufen.

DER EUROPÄISCHE DRUCKWASSERREAKTOR (EPR):
Siemens und das französische Framatome basteln an diesem neuen Reaktortyp, ein Prototyp soll ab 1998 im bayrischen Viereth gebaut werden. Greifswald würde als Standort für einen Atomfusionsreaktor in Frage kommen.
Mit dem neuen Reaktortyp will die Nuklearachse Siemens-Framatome nach eigenen Bekunden „die weltweite Führungsrolle" der BRD und Frankreichs im AKW-Bau ausbauen. Der EPR soll die derzeit 54 deutschen und französischen AKWs ablösen und auf dem Weltmarkt gegen AKW-Modelle aus Japan und den USA konkurrieren.

In der BRD steht viel für den Anti-AKW-Widerstand an. Und natürlich gilt es, weltweit für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen zu kämpfen.

Was heißt das nun alles für linksradikalen, antikapitalistischen Widerstand ?

Atomenergie ist ein Teil des patriarchal-kapitalistischen Systems. Große Energiekonzerne beherrschen den Energiesektor, aus Profitinteresse wird gegen die Menschen gewirkt. Je mehr Energie verkauft und also verbraucht wird, umso mehr Kohle kann gescheffelt werden. Atomenergie blockiert alternative Energien, bedroht unser Leben.
Kapitalistische Energiepolitik hält sich durch internationale Ausbeutung und Unterdrückung der sogenannten „3.Welt" aufrecht, die als Rohstofflieferanten für die verschwenderische Profitwirtschaft der kapitalistischen Zentren fungieren. Von hier kommt die ökologische Zerstörung, geht der Ökoimperialismus aus. Um Profite willen wird Zerstörung in Kauf genommen - das ist nur eine logische Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise. Kapitalismus bedeutet Anhäufung von Kapital für die Kapitaleigner, alles andere ist sekundär. Konkurrenz und Ausbeutung der Lohnabhängigen (basierend auf dem Klassengegensatz von Produktionsmittelbesitzenden und den Lohnabhängigen - also die Mehrheit), Plünderung der Welt durch Multinationale Konzerne der kapitalistischen Staaten, Herstellung allen Schrotts, den wir gar nicht brauchen, Konsumterror, das alles gehört dazu. Hinzu kommt die grundlegende Struktur dieser ganzen Scheiße, die auf Frauenunterdrückung durch die Männer gekennzeichnet ist und alle Lebensbereiche durchzieht.
Zentralisierte Energieerzeugung in AKWs und Zentralisierung staatlicher Macht hämgen zusammen. Der Staatsapparat soll „stabile", kapitalistische Verhältnisse aufrechterhalten. Wir scheißen auf diesen Staat sowieso, auf seinen Parlamentarismus - weil wir nicht in Staaten leben wollen und für ein selbstbestimmtes, HERRschaftsfreies Leben kämpfen (Wir nennen das Kommunismus oder Anarchie).
Die Repression im Zuge der Anti-AKW-Kämpfe spiegeln also lediglich die realen Machtverhältnisse wieder - HERRschaftsverhältnisse. Unser Kampf muß dieses deutlich machen, muß die „Soziale Ökologie" vermitteln, die besagt, daß die Ursachen von Naturzerstörung in der HERRschaft des Menschen über den Menschen und somit über die Natur liegen. Sie ist nur zu beseitigen durch den Prozeß der Sozialen Revolution, in dem sich die Menschen die persönliche Verfügungsgewalt über ihr Leben zurückerobern, anfangen, über ihr Leben selbst zu bestimmen, die klassenlose Gesellschaft zu errichten und die patriarchalen Gewaltverhältnisse überwinden. Privateigentum an Produktionsmitteln, Geld und Lohnarbeit werden abgeschafft werden müssen, wenn es um eine Gesellschaft von freien und gleichen Menschen gehen soll. Dann kann nämlich gelten: Jeder/Jede nach ihren Fähigkeiten, jede/jeder nach ihren Bedürfnissen. Das ist ein kommunistisches Prinzip, welches zur Konsequenz hat, daß alle bekommen, was sie brauchen und die HERRschenden auf dem Misthaufen der Geschichte landen .
Atomenergie und kapitalistische Energiepolitik sind menschenverachtend, weil sie Ausdruck dieses menschenverachtenden Systems sind. Einen ökologischen oder sozial gebändigten Kapitalismus kann es nicht geben.
Eine radikale Energiewende kann also nur im Kontext zum oben gesagten geschehen. Z.B. durch die antistaatliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel, also Kollektivierung von unten. Die Energiekonzerne müssen zerschlagen werden, die Energieerzeugung im Rahmen der neuen, nun antikapitalistischen Ökonomie sparsam, dezentral und effektiv organisiert werden. Vor allem dezentral und selbstbestimmt - z.B. in den Kommunen und Gemeinwesen und über regenerative Energie wie Sonne und Wind, zunächst kann auch ergänzend in kleinen, dezentralen Blockheizkraftwerken Energie erzeugt werden.

Der Anti-AKW-Widerstand muß also in den Zusammenhang eines generellen revolutionären Kampfes gesetzt werden. Dazu muß am Aufbau einer globalen revolutionären Bewegung

gearbeitet werden, weil die Verhältnisse international wirken und nur international umzuwälzen sind.
Das bleibt unserer Meinung nach unsere Aufgabe.
Toll und notwendig wäre es, wenn sich der Widerstand dezentralisiert, in die Städte getragen wird. Wenngleich das geschlossene kämpfen z.B. im Wendland, bei NIX³ einiges bewirken kann. Dennoch muß die gesamte Struktur des Atomprogramms zum Angriffspunkt gemacht werden. Die Atommafia ist überall präsent und somit auch angreifbar.
Wie wäre es z.B. mit einer „Zerschlagen wir Siemens"-Kampagne statt einem „Siemens-Boykott"? Natürlich mit dementsprechenden netten militanten Aktionen... Generell sind die Firmen ausfindig zu machen, die HandlangerInnen des Atomkapitals, etc. Ideen und Phantasie haben wir genug.
Wichtig wäre es doch auch, wenn Ihr schon jetzt in Euren Städten und Regionen linksradikale Vorbereitungszusammenhänge aufbaut, durch Treffen etc., um zusätzlich zu den Kleingruppen im Wendland z.B. in Städtezusammenhängen zu agieren - und nicht ganz so isoliert voneinander (Natürlich unter Berücksichtigung von Bullenspitzeln und so...)

Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

NIX³ - wir sind dabei!
Sofortige stillegung aller atomanlagen weltweit!
Sofortige stillegung der herrschenden klasse!
Keine wirkliche ökologische politik ohne soziale revolution!

ein ökolinker

Harig: Mehr Transporte per Castor

lni Hannover. Der Chef des zweitgrößten deutschen Stromerzeugers PreussenElektra (Hannover), Hans-Dieter Harig, fordert weitere Castor-Atommülltransporte nach Gorleben. „Diese Transporte sind unverzichtbarer Teil der nuklearen Entsorgung", sagte Harig (58) in einem Interview der „Neuen Presse" Hannover. Eine Beteiligung der Energiewirtschaft an den Millionenkosten für Castor-Transporte lehnt der Manager ab. Kraftwerksbetreiber wie die PreussenElektra könnten nicht für das „rechtswidrige Verhalten" von Demonstranten zur Kasse gebeten werden, das Anlaß für den großen Sicherheitsaufwand sei. Harig kritisierte, daß politische Vorgaben den Strompreis in die Höhe treiben. „Die Politik will mehr Umweltschutz, die Stromversorger sollen zahlen — zum Beispiel für Förderung der Windenergie."



Castor wird beladen

Breese/M. Der erste Castor für den geplanten Sammeltransport nach Gorleben wird ab Montag beladen. Dies ist vom Atomkraftwerk Gundremmingen bestätigt worden. Unterdessen wird am Castor-Verladekran in Breese/M. weiter protestiert.

NIEDERGERISSEN haben Demonstranten den Bauzaun an der Verladestation: Protest gegen die Erweiterung des Atommüllbahnhofs. 2 Aufn.: H. Jung



AUFRUF



Aktionstag
7. September 1996

WIR MACHEN DICHT...

Noch in diesem Jahr sind CASTOR-TRANSPORTE aus Gundremmingen und Neckarwestheim nach Gorleben geplant. Seit dem letzten CASTOR-TRANSPORT im Mai '96 ist das bundesdeutsche Atomprogramm einmal mehr ins grundsätzliche Kreuzfeuer der Kritik geraten. Nach wie vor gilt: Die Zwischenlagerung dient allein der Verschiebung der ungelösten Entsorgungsfrage auf zukünftige Generationen. Nicht nur, wenn sich die folgenden Transporte bewahrheiten sollten, werden wir den aktiven Part in der Auseinandersetzung ergreifen!

... damit der CASTOR nicht losfährt ...

... werden wir bereits jetzt unsere Stärke nutzen, um einen dritten CASTOR-Transport erst gar nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Für uns gibt es keinen Gewöhnungsprozess!

An diesem Tag werden wir

- uns mit Aktionsformen auf der Strecke vertraut machen
- die Ortskenntnis verbessern
- über Streckenpatenschaften Querverbindungen zwischen Auswärtigen und Einheimischen schaffen

Wir stellen uns Quer! Wir machen dicht!

dicht - 12 Uhr Kundgebung am Marktplatz in Dannenberg
dicht - die Transportstrecke vom Verladekran bis zum Endlager und die Alternativstrecke durch zahlreiche Aktionen
dicht - völlige Verstopfung von Gorleben bis zum Endlager

Wir Tanzen Quer!

Sound against System präsentiert das CastorNIX³-Festival:
Nach Beendigung des Aktionstages beginnt am Endlager Gorleben die Nachtaktion.
Bands bis in die Nacht, DJ's bis Sonntagabend

EINTRITT FREI! LEBENSFREUDE contra ATOMAREN WAHNSINN

Das Berliner Anti-Atom-Plenum organisiert wieder Busse! DM 25,- /DM 20,-, Karten gibts im Mehringhof (Buchladen Schwarze Risse und Abends im EX). Holt Euch rechtzeitig Karten! Abfahrt: **Samstag 7.9.96, 8 Uhr**, Haupteingang TU-Mathegebäude, Strasse des 17. Juni 125, Berlin-Charlottenburg. Rückfahrt Sonntag gegen 18 Uhr. Es gibt auch die Möglichkeit am Samstag zurückzufahren (Busshuttle nach Bahnhof-Wittenberg).

Anti-Atom-Plenum & Freie Republik Wendland - Außenstelle Berlin c/o Ökodorf, Kurfürstenstr. 14, 14785 Berlin, 030 2616252, jeden Dienstag ab 19 Uhr 30, Spendenkonto: Aktiv gegen Strahlung, 61 000 4980 BLZ 100 500 00 Berliner Sparkasse

Die freie Theatergruppe Bullizei Wendland präsentiert:

THE RETURN OF THE WENDENKNÜPPEL

EIN THEATERSTÜCK IN 5 AKTEN

1. AKT: AUFMARSCH DER LEGIONEN
Sonderzug Dannenber - Bonn über Lüneburg, Uelzen, Hannover

2. AKT: „GUTEN MORGEN. HIER SPRICHT IHRE WENDLAND BULLIZEI"
10.30 Uhr: Erste Aufforderung an das zu erwartende unappetitliche Bonner Pack, die Transportstrecke am Bonner Bahnhof zu räumen.

3. AKT: KEIN WEITERKOMMEN AM MÜNSTERPLATZ
11.00 Uhr: Einmal im Leben die zugereisten Chaoten sein.

4. AKT: COMING OUT AM KANZLERAMT
13.00 Uhr: Die Wahrheit über den Atomstaat, incl. Merkelnix

5. AKT: PHANTASIE UND ??? GEFRAGT
13.00 bis 16.00 Uhr: Der weitere Verlauf des Stücks wird von den Einsatzkräften lagebedingt kurzfristig vor Ort entschieden.
Gemeinsamer Rück-Zug: 16.30 Uhr

Ähnlichkeiten mit wahren Begebenheiten sind beabsichtigt und werden prämiert. Wasserwerfer, Sitzblockade, Tonfasknüppel, Gummilippe, wir lassen nichts aus!

Folgende Rollen sind noch zu vergeben:
1. Knüppelnde Horden (Grüne Overalls vorhanden)
2. DemonstrantInnen (Transpis mitbringen)

Start des Sonderzugs **WIR PRÜGELN DEN CASTOR NACH BONN** am 29.08. um 4.00 Uhr in Dannenberg der Sonderzug mit Zwischenstopps in Lüneburg (5 Uhr 14), Uelzen (5.35), Hannover Linden (6.42), Preis DM 80,- oder weniger. Anmeldung über:

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.
Drawehner Str. 3 — **Tel.: 05841 4684**
29439 Lüchow — **Fax. 05841 3197**
Spendenkonto-Nr: 2060 721, KSK Lüchow 258 513 35

,Castor"-Bahnhof

Atomgegner demolieren Zaun um die Baustelle

sp HANNOVER, 13. August. Atomraftgegner haben am Montag abend die Baustelle für die Erweiterung des „Castor"-Bahnhofs im niedersächsischen Dannenberg an der Elbe demoliert. Die Brennelementlagergesellschaft Gorleben (BLG) läßt seit Montag morgen die Verladestelle für hochradioaktive Abfälle umbauen, damit künftig drei „Castor"-Behälter gleichzeitig von der Schiene auf die Straße umgeladen werden können.

Aus Protest gegen diese Pläne fuhren Mitglieder des Motoradclub „Idas" — benannt nach dem griechischen Sagenhelden, der Castor im Kampf erschlug — vor der Baustelle auf, und es versammelten sich rund 300 Demonstranten. Viele von ihnen beteiligten sich daran, den Bauzaun abzumontieren, wobei sie auch Pfosten aus dem noch frischen Beton zogen.

Die 30 Beamten des Bundesgrenzschutzes, die den Bahnhof bewachten, waren dagegen machtlos. Zudem wurden sie durch das Geräusch von Motorsägen verwirrt, nach denen sie vergeblich suchten; der Lärm kam aus Tonkassetten. Auch in der Nacht und am Dienstag harrten Demonstranten vor dem Bahnhof aus. Der Bundesgrenzschutz setzte am Dienstag dreimal mehr Beamte ein.

Mittwoch, 14. August 1996, Nr. 188 · S/R/D

Diebe auf PKA-Baustelle

Geräte gestohlen

lr Gorleben. Von der Baustelle der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben haben Unbekannte in der Zeit von Anfang Juli bis zum 8. August zwei Lichtverteilungskästen mit Einbaugeräten, Einbaugeräte eines Lichtverteilungskastens und einen Automaten eines Lichtverteilungskastens gestohlen. Die Gegenstände waren bereits eingebaut und haben einen Wert von rund 15 000 DM.

Bundeswehr soll Polizei unterstützen

Hamburg (AP) – Für ein Heranziehen der Bundeswehr zu Polizeiaufgaben im Inland hat sich der CDU-Verteidigungsexperte Jürgen Augustinowitz ausgesprochen. In der *Welt am Sonntag* sagte er: „Im Zeitalter weltweiter Wanderungsbewegungen, grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, expandierendem religiösem Fanatismus und internationalem Terrorismus verschwimmen die Grenzen zwischen der inneren sowie der äußeren Sicherheit." Zwar müsse es auch künftig eine klare Trennung zwischen Bundeswehr und Polizei geben, jedoch sei beispielsweise vorstellbar, daß Militärhubschrauber bei Großeinsätzen zur schnellen

EXTREMISMUS

Castor-Chaoten

Die Bundesregierung rechnet im Fall weiterer Atommülltransporte mit gefährlichen Anschlägen und massiven Gewaltausschreitungen der linksextremistischen Szene. Einer vertraulichen Analyse des Bonner Innenministeriums zufolge werden die für den Herbst geplanten Castor-Transporte zum niedersächsischen Zwischenlager Gorleben einen dramatischen Anstieg von Straftaten und hohe Sachschäden verursachen.

Kapitulation: Unter Hinweis auf die verschärfte Sicherheitslage erklärte sich das Innenministerium in Hannover vergangene Woche außerstande, die Atommüllbehälter und den Schienenweg ausreichend zu schützen. Im Mai 1996 hatten rund 19 000 Polizisten einen Atomtransport vom französischen La Hague nach Gorleben gesichert – es war mit 46 Millionen Mark der teuerste Einsatz in der Geschichte der Bundesrepublik.

Nach Erkenntnissen des Innenministeriums hat sich die linksextremistische Szene fest darauf eingeschworen, weitere Castor-Transporte durch Deutschland „unmöglich" zu machen. Im vergangenen Jahr, so die Sicherheitsanalyse, seien vor und während der Atommüllverschiebung 724 Straftaten begangen worden.

Bemerkungen zur Kritik am G-7-Artikel

Hier nur eine kurze Richtigstellung an die Adresse von „Anna, Ema und Trudi aus dem Ruhrpott". Danke das Ihr nicht mit Vorurteilen um Euch werft und auf eine unangebrachte Arroganz von Anfang an verzichtet, denn leider, leider müssen wir Euch mitteilen, daß Ihr auf den völlig falschen rumhackt.
Wir waren weder mackerhaft gekleidet (übrigens regnete es auf der Demo und somit gab es ´ne Menge „Kapuzen"), noch wollten wir uns mit (fremden) „Heldentaten" schmücken, daher auch die Bemerkung vom „Importierten Widerstand", welcher ca. zur Hälfte von Deutschen ausgeübt wurde (ausnahmslos Männer!).
Wobei sich die ach so verantwortungsbewußten Gruppen teilweise unsolidarisch verhielten, war z. B. als sie versuchten einen Immobilienladen zu schützen, der entglast wurde.
Der Rest Eures Artikels erscheint uns zum größten Teil als Wiederholung bereits Geschriebenen, außerdem wäre noch zu fragen, was fehlende Redebeiträge und viele Flugis für Nichtsehende, etc. für Vorteile haben (Leute mit weniger Sprachkenntnissen natürlich von vornherein von der Demo ausgeschlossen ?).
...tschuldigung, daß wir nicht mit den Fachkenntnissen über PKK, CRS und jeder in Frankreich vertretenden Gruppe glänzen können.

AUFRUF

SCHAFFEN WIR DIE GRUNDLAGEN FÜR EINE INTERNATIONALE KOORDINATION GEGEN DAS EUROPA DER HERRSCHENDEN!

Genossinnen und Genossen,

In den Mobilisierungen und Initiativen gegen die imperialistischen Gipfel wurde zum wiederholten Male der Aufbau einer internationalen Koordination gegen das Europa der Herrschenden vorgeschlagen, ohne daß jedoch die Fähigkeit entwickelt worden wäre, dieses Ziel dann auch zu verwirklichen.

Wir greifen heute, am 22.06.96 anläßlich der Initiativen gegen den europäischen Gipfel in Florenz eben diesen Vorschlag auf und wenden uns damit besonders an die Genossen und Genossinnen, die die Mobilisierung von München '92, Neapel und Essen'94 und Turin '96 organisiert haben, weil wir aus ihrer konkreten Erfahrung verstehen wollen welche Schwierigkeiten den Aufbau einer internationalen Koordination verhindert haben.

Wir grüßen auch die Genossinnen und Genossen, die in diesen Tagen die Initiativen gegen den G7-Gipfel in Lyon tragen und diejenigen, die die Initiativen gegen den EU-Gipfel in Amsterdam vorbereiten.

Mit diesem Aufruf wollen wir die Verantwortung für das Vorantreiben eines Prozesses übernehmen, der sich jenseits dieser Gegengipfel entwickeln muß.

In dieser Phase der Kapitalentwicklung ist die Produktion von Waren immer internationalisierter und das kapitalistische Unternehmen selbst auch immer globalisierter. Die Frage, die wir an alle richten, die diesem Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem Widerstand entgegensetzen, ist folgende: Wir sind mit einer Bourgeoisie konfrontiert die in internationalen, globalen Begrifflichkeiten denkt - wollen wir dagegen gemeinsam die Identität des internationalen Proletariats aufbauen und angesichts einer europäischen Bourgeoisie die sich in Brüssel ihren eigenen Geschäftsausschuß aufbaut, um besser die Ausbeutung und Unterdrückung von hunderten Millionen Männern und Frauen steuern zu können - wollen wir uns gemeinsam organisieren, zusammen kämpfen, ausgebeutete Klassen und unterdrückte Völker aus dem Zentrum und der Peripherie Europas?

Das sind keine rhetorische Fragen. Wir sind uns der enormen Schwierigkeiten bewußt, auf die die proletarische Bewegung in ihrem Prozeß der Verankerung und Organisierung trifft, und wir wissen auch aus eigener Erfahrung wie diese Schwierigkeiten uns dazu bringen sehr häufig lokalen, partiellen und sektoriellen Sichtweisen Vorrang zu geben.

Aber wir sind auch davon überzeugt, daß um zu siegen und nicht nur zu widerstehen es notwendig ist, diese Grenzen zu überwinden und sich eine viel generellere und komplexere Sichtweise des Klassenkampfes anzueignen, um von dort ausgehend die eigene Arbeit auf einer spezifischen oder lokalen Ebene des Kampfes neu zu bestimmen.

Konkret fordern wir alle Organisationen und Zusammenhänge die in ganz Europa gegen den gegenwärtigen Stand der Dinge kämpfen auf, diesen Aufruf zu unterschreiben und zu dieser Debatte beizutragen auch und vor allem um die gegenseitige Kenntnis des Stands des Klassenkampfes in den verschiedenen Ländern möglich zu machen.

Wir fordern alle Zusammenhänge, die über Informationsinstrumente verfügen auf, diesen Aufruf bekannt zu machen und die verschiedenen Beiträge zu dieser Diskussion zu verbreiten und alle, die dazu in der Lage sind sie in die verschiedenen Sprachen zu übersetzen, die im Zentrum und der Peripherie gesprochen werden.

Europäische Genossinnen und Genossen vom Gegengipfel in Florenz 21./22.Juni '96

Provisorischer Bezugspunkt: Centro di documentazione Krupskaja - via Levanti 26 b - 40138 Bologna - Italia Tel/fax: 0039/51/6013010 - e-mail dad0872@iperbole.bologna.it
Provisorischer Bezugspunkt BRD: Perspektive - St. Pauli Str 10-12 - 28203 Bremen - Deutschland

Zusatz:
Ein erstes Treffen für die Koordination soll Anfang September '96 in Mailand stattfinden. Bei Nachfragen oder Anregungen bitte an den Bezugspunkt BRD wenden.

Reaktion auf 'P. C.' (Interim Nr. 385, S. 22ff)

Hallo 'Petito Correcto',



beim Lesen deiner Gewaltphantasien habe ich mich geekelt und ich habe Angst bekommen um 'deine' Tochter, die Frauen und auch die Männer, mit denen du zu tun hast. Angesichts deines flapsigen Stils spüre ich nicht, daß du unter diesen Gewaltphantasien leidest und du ernsthaft versuchst dich zu verändern. Das macht mich wütend! Was für eine 'Auseinandersetzung' willst du mit diesem Text anfangen?! Eine Debatte um deinen Tabubruch (Pro und Contra einer Veröffentlichung in einer gemischten Zeitung)? Also eine Debatte um dich, deine Text und die Folgen? Damit wirst du nicht friedfertiger. Setz dich ernsthaft mit dir auseinander! Unterstützung dafür kannst du dir in einer patriarchatskritischen und tiefenpsychologischen Männergruppe holen.

Durch eine schriftliche Debatte wirst du ernsthaften Antworten auf deine wichtigen Fragen nicht näherkommen. Im Rahmen einer Männergruppe stelle ich es mir allerdings sinnvoll vor als Einstieg in ein Gespräch über Probleme mit der eignen Sexualität zunächst einen Text zu verteilen. In der Männergruppe in der ich bin haben wir das noch nicht gemacht, obwohl Sexualität dort in über 2 Jahren erst 1 mal Thema eines Gespräches war. Dabei ging es größtenteils technisch um Verhütung. Ich habe mich in deinem Text teilweise wiedererkannt. Die Arbeit daran in der Männergruppe steht für mich noch an.

Kontakt zu patriarchatskritischen und tiefenpsychologischen Männergruppen über Hartmut, Tel. 030/4535540

Jan

KörperErleben

patriarchatskritische Vortragsreihe

im Cafe Campus in der "Villa BEL"

hinter dem TU-Mathematikgebäude, Marchstr.6-8, 10587 Berlin

Beginn: 15°° Uhr, Einlaß 14³°Uhr, Eintritt 7.-DM/ermäßigt 5.-DM

***

24.August 1996, Referent: Rainer Vauck

"Wenn Eltern krank machen"



Solidarität ist unsere Waffe!! Freiheit für Kurdistan!

Kommt am Mittwoch, den 25. 9. 96, zum FrauenLesbenprozeßtag am Frankfurter Oberlandesgericht zum Prozeßtag gegen drei Kurden!!

Gemeinsam mit kurdischen Frauen wollen wir den Prozeß in Frankfurt besuchen, um die Angeklagten zu unterstützen und unsere Solidarität mit den Gefangenen auszudrücken.
Wir kämpfen als internationalistische Feministinnen in der BRD mit dem Ziel: Frauenbefreiung weltweit.
Die kurdischen Frauen organisieren sich eigenständig innerhalb des kurdischen Befreiungskampfs. Wir sind ihrem Kampf verbunden. Auch wenn ihre und unsere Bedingungen unterschiedlich sind, kämpfen wir doch um gemeinsame Ziele und gegen denselben Feind: Imperialismus und Patriarchat.



Für einen starken weltweiten FrauenLesbenBefreiungskampf!

Hoch die internationale Solidarität!

Nieder mit der Klassenjustiz, Freiheit für alle revolutionären Gefangenen!

Der Prozeßtag fängt um 9 Uhr an, voraussichtlich im Gebäude E, Saal 2, Eingang für Zuhörerinnen Konrad-Adenauer-Straße.
Weitere Infos (z.B. Fahrt usw.) gibt's am 23.9., ab 21 Uhr im FrauenLesbencafé im Infoladen Gießen, Südanlage 20 HH.

Weiterstadt

der High Tech Knast

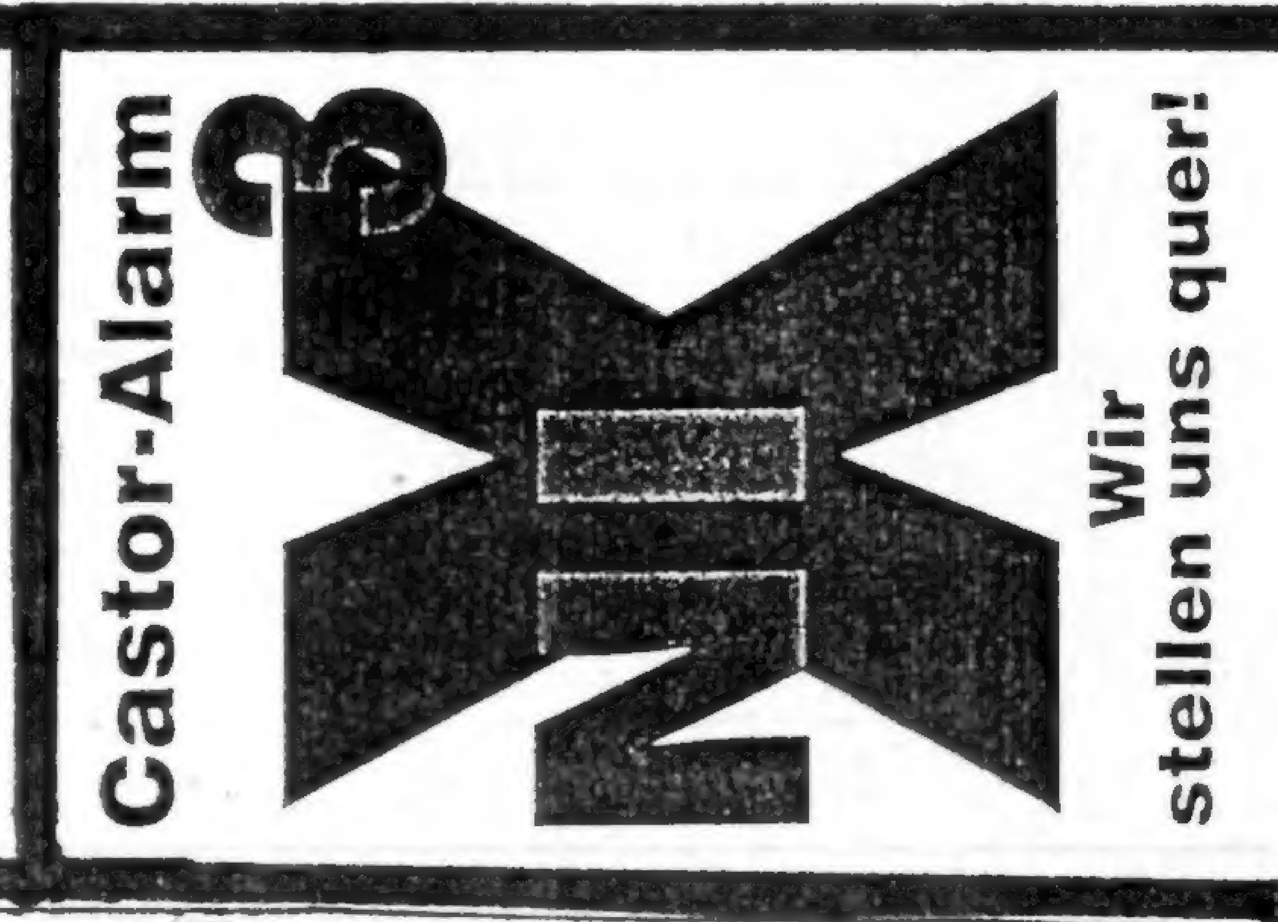
1. Teil: Der Wohngruppenvollzug, Vorraussetzungen und Architektur.
2. Teil: Repression und Kriminalisierung.

DIE ROTE HILFE

4. Auflage BUNTE HILFE 10 DM



Der umstrittene Gefängnisneubau in Weiterstadt
- Hochsicherheitsgefängnis -
-Abschiebehaftanstalt -
- als humaner Knast verkauft -
- wird 1997 bezogen.
Jetzt erscheint die 4. überarbeitete Auflage der kritischen Informationsbroschüre.
Zu bestellen bei der
Roten Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Preis 10 DM incl. Porto Bezahlung nur in bar oder Briefmarken



- berichte von der münchner staatsgrenze
- kleine schule des neoliberalismus
- die postfordistische stadt
- wer hat angst vor mikropolitischen kindergärten?

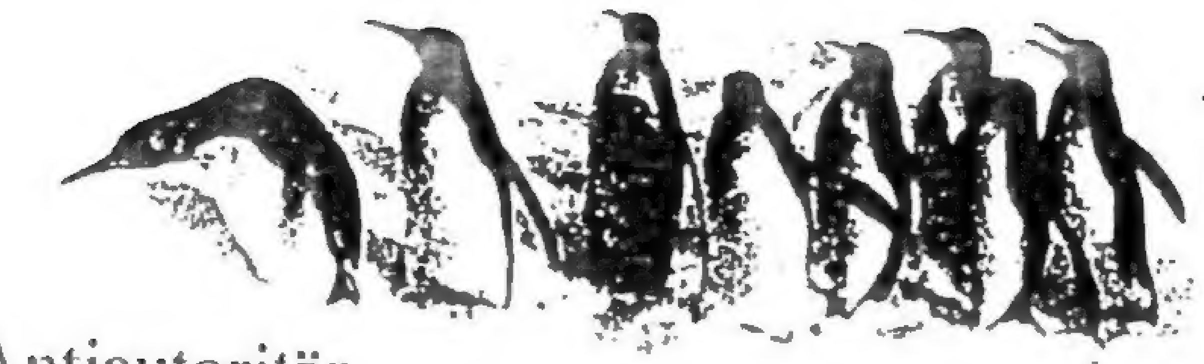
ERSTE HILFE

hysterieblatt für die absteigenden mittelschichten

september 96

und noch viel mehr

kontakt: daiserstr. 34 81371 münchen
fon 089-74791278 fax 089-74791277



Antiautoritär-
Sozialrevolutionäres Plenum

Treffen ab Mittwoch, den 21.8.96 jeden 2.Mittwoch um 19 Uhr im K.O.B., Potsdamer Str., Berlin (U-Bahnhof Bülowstr.)

Entstanden aus dem antiautoritären 1.Mai-Plenum, welches den antiautoritär-sozialrevolutionären Block auf der revolutionären 1.Mai-Demo (R.L.-Platz) vorbereitet hat, haben wir nach längerem hin und her endlich einen festen Plenums-Ort gefunden. Das Plenum dient bisher eher als lockeres Austauschforum verschiedener undogmatischer, linksradikaler Gruppen und Personen. Drei Arbeitsgruppen haben sich gebildet:

1. **AG „Ökonomie und Staat"**
2. **AG „Antiimperialismus/Antimilitarismus"**
3. **AG „Revolutionärer Alltag"**

Diese treffen sich regelmäßig, die Treffen und Ergebnisse werden ins Gesamtplenum getragen.
Deine Mithilfe und Teilnahme ist auf jeden Fall erwünscht, schau doch mal vorbei !

Antiautoritär, organisiert und linksradikal ins näxte Jahrtausend!

Kontaktadresse:
Antiautoritär-Sozialrevolutionäres Plenum
c/o Infoladen „Nachladen"
Waldemarstr.36
10999 Berlin
Fax.: 030/ 6157329



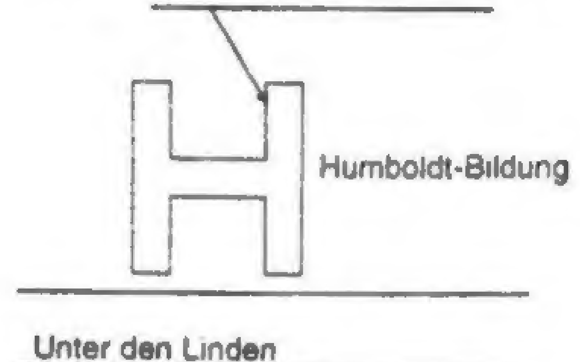


Heimat ist ihr Auftrag-
Heim ins Reich ihr Ziel

INFO-Veranstaltung
gegen den "Tag der Heimat"

Die völkische Destabilisierung Osteuropas als Programm der deutschen Außenpolitik

am 29.08.1996 20.°° Uhr
im Krähenfuß - Humboldt-Universität



FrauenLesben - Veranstaltung zur Solidarität mit der YAJK
(Freier Frauenverband Kurdistans)

am 26. August in Berlin



Themen:

- Kurdistan
- feministischer Internationalismus
- Rassismus
- Prozeß gegen Azime, Meryem und Sait vor dem OLG Hamburg
- Hungerstreik in den türkischen Gefängnissen

Ort: Kurdistanverein, Glogauerstr. 2, 2. HH, 2. Stock
U-Bahnhof Görlitzer Bahnhof, Bus 129 (Glogauerstr.)
Zeit: 25.8.96 15 Uhr

Die Rote Luzi
neue Folge

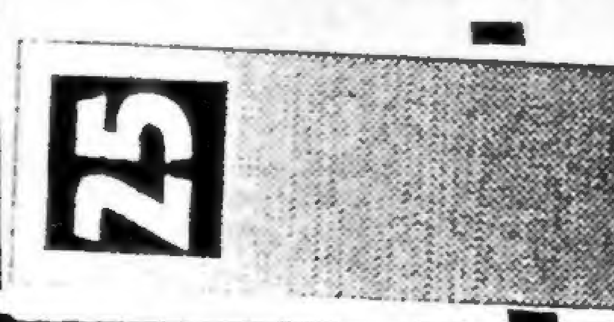
Zeitschrift für linke Theorie und Praxis

- Sexualmoral / Der Fall ARRANCA !
- Unter'm Bratwurstbanner
- Wiedergänger Deutschland ?
- Die 'Krise' des CIA
- CyberNation

u. v. m.

Das Jahresabo (4 Hefte) kostet 20,- DM.
Probeheft anfordern bei:

Publizistische Studiengemeinschaft
Rankestraße 31
10789 Berlin
oder e-mail: luzi@glasnost.de





ANtifaschistische NAchrichten Saar
Nr.29
Aug.-Okt. 96
3 DM

aus dem Inhalt:

Interview mit Mauricio Rosencof ★
Hungerstreik in türkischen Knästen ★
Chiapas ★
Safwan Eid ★
Eugenik ★
Mumia Abu Jamal ★
...

ANtifaschistische NAchrichten Saar ★ Landwehrplatz 2 ★ 66111 Saarbrücken ★ 0681/3908863 ★ Einzelheft 3,- DM + Porto ★ 6 Ausgaben kosten 27,- DM (incl. Porto) ★

Weise-Strassenfest*

Sa. 24.8.

13.00-22.00 Uhr

Infostände:

MieterInnen gegen Scientology
Lunte
Antifa Charlottenburg
ARI
VVN
Rollheimerdorf
Oderstrasse

KINDER-FEST

mit
Treckerfahrten
Gauklern,
etc.

Essen und Trinken

Musik:

Whirled Cage
Scattergun
Hate you Darling
Cycocrime
Orange
APC

* zwischen Herrfurth- und Selchower Straße (U8 Boddinstraße)

V.i.S.d.P. B. Recht, Weisestraße 1